

Redaktion und Verlag:
Karlsbad, Haus „Graphla“
Fernsprecher Nr. 1081.

Herausgeber: Ernst Sattler,
Karlsbad. Verantwortlicher
Redakteur: Wenzel Horn,
Karlsbad.

Druck: „Graphla“, Karlsbad.

Horwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Bezugspreis für die CSR.:
Einzel-Nummer . . . K 1.40
Monatlich . . . „ 6.—
Vierteljährlich . . . „ 18.—
Bezugspreis für das Ausland
Einzel-Nummer . . . K 2.—
Monatlich . . . „ 8.—
Vierteljährlich . . . „ 24.—

Hitler und der Bolschewismus

Aus durchsichtigen Gründen lanciert das Hitlerregime die Meldung in die Welt, daß in Deutschland eine riesige unterirdische Arbeit der Kommunisten begonnen hätte. Man spricht von tausenden geheimen Versammlungen und Millionen Flugblättern. Alle NSDAP-Organisationen wurden eingesetzt, um die Bewegung zu ersticken. In Wirklichkeit ist es die gewaltig zunehmende Ablehnung des Hitlerregimes im ganzen Volk einschließlich der eigenen Anhänger, die in Berlin eine gesteigerte Nervosität hervorruft. Um das Bürgertum bei der Stange zu halten und um im Ausland Stimmung für sich zu machen, schwenkt Hitler den bolschewistischen Popanz. Ein Teil der Auslandspresse ist schon auf dieses Manöver hereingefallen.

In Deutschland herrscht der Bolschewismus des Kapitals. Alles, was uns deutschen Sozialdemokraten am russischen Bolschewismus wert schien, bekämpft zu werden, steht in höchster Blüte. Wie in Rußland, gibt es auch in Deutschland keine frei gewählte Volksvertretung mehr, keine politische Gleichberechtigung, keine unparteiische Justiz, keine Rede-, keine Presse-, keine Versammlungsfreiheit. Die menschliche Einzelperson, ihre Freiheit und ihr Leben gelten nichts. Blutiger Terror regiert. Er regiert so gründlich, daß an seinen Leistungen gemessen, alles, was sich deutsche Spießbürger über wirkliche oder angebliche Schandtaten des Max Hölz oder des Bela Kun erzählten, harmlos erscheint.

In allen seinen Methoden ist das Hitlerregiment mehr als bolschewistisch. Um so grotesker erscheint sein Anspruch, Deutschland und die Welt gegen den Bolschewismus zu verteidigen. Was ist denn das eigentlich, was da verteidigt werden soll?

Manche könnten vielleicht meinen, es sei der nationale Gedanke, der hier gegen den internationalen Geist zum Entscheidungskampf antrete. Aber das ist sicherlich falsch. Denn was immer man dem Bolschewismus vorwerfen darf, antinational und antimilitaristisch ist er ganz gewiß nicht!

Oder liegt der Unterschied etwa darin, daß der Nationalsozialismus im Gegensatz zum Bolschewismus das Privateigentum respektiert? Auch das kann es nicht sein. Hat nicht der Nationalsozialismus Häuser, Maschinen, Grundstücke, nebst allem, was dazu gehört, rücksichtslos ihren Besitzern weggenommen, ohne sich im mindesten um das bürgerliche Recht zu kümmern? Nein, auch in der grundsätzlichen Stellung zum Privateigentum kann der Unterschied nicht liegen.

Was verteidigt also Hitler gegen den Bolschewismus? Nicht das Menschenrecht der freien Persönlichkeit, nicht die tausendjährigen hohen Güter der Kultur, nicht die Rede-, die Presse-, die Vereinigungsfreiheit, nicht den

nationalen Gedanken und nicht einmal, als Ganzes genommen, das Privateigentum.

Was er gegen den Bolschewismus verteidigt ist einzig und allein das Privateigentum der besitzenden Klassen. Und hier erst liegt der wirkliche Unterschied zwischen den beiden Systemen. Während der Bolschewismus in Rußland die privilegierte Stellung der vormals herrschenden Klassen und diese selbst vernichtet hat, sieht die Hitlerregierung ihre Aufgabe darin, Junker und Großbürger in die Herrschaft zurückzuführen, aus der sie die deutsche Arbeiterklasse verdrängt hatte.

Der Bolschewismus hat die Herrschaft der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten in Rußland vernichtet. Wer macht ihm einen Vorwurf daraus? Nicht die Arbeiter, sondern nur die Kapitalisten und die Großgrundbesitzer der übrigen Welt. Was ihm die Arbeiter vorwerfen, ist etwas ganz anderes, nämlich, daß er ihnen nicht die Freiheit gegeben hat, die er ihnen versprochen hatte. Aber hat

etwa Hitler ihnen die Freiheit gegeben? Hat er sie ihnen nicht vielmehr genommen?

In Deutschland ist heute alles, was vordem wert war, gegen den Bolschewismus verteidigt zu werden, restlos bolschewisiert. Das ist das Werk der Nationalsozialisten. Sie haben dem deutschen Volk nichts von den Bedrängnissen erspart, die es unter der schlimmsten bolschewistischen Schreckensherrschaft hätte erleiden können. Sie haben auf diese Weise für die Kapitalisten eine Schlacht gewonnen. Aber nicht allein gegen den Bolschewismus und die KPD., sondern gegen die ganze Arbeiterklasse und gegen den großen Gedanken des demokratischen Sozialismus.

Als der Kapp-Putsch in den letzten Zügen lag, erließ der Generalstab dieser Putsch-Regierung als letzte Lüge die Nachricht von einer bolschewistischen Armee, die vom Norden Berlins her nach dem Stadtzentrum marschieren sollte. Die Putschisten hofften mit dieser Angstparole das Bürgertum noch einmal sammeln und ihre Herrschaft verlängern zu können.

Nach derselben Methode arbeitet auch jetzt die nationalsozialistische Propaganda. Sie tut so, als gäbe es auf der ganzen Welt keine andere Gefahr als die des Bolschewismus, und als hätte das dritte Reich keinen anderen Gegner als die kommunistische Partei. Sie spekuliert darauf, daß die enttäuschten Mittelklassen sich trotz alledem geduldig der Mißwirtschaft Hitlers fügen werden, wenn keine andere Kraft der Ablösung zu sehen ist als die des Bolschewismus.

Durch die Behauptung, es gäbe zwischen ihm und dem Bolschewismus kein Drittes mehr, glaubt der Nationalsozialismus seine Herrschaft verewigen zu können. Um so notwendiger ist es, dieser Behauptung entgegenzutreten und sie zu widerlegen. Zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus gibt es ein Drittes, und das ist der demokratische Sozialismus, für den die große Mehrheit der Arbeiterklasse Europas mit leidenschaftlicher Ueberzeugung kämpft.

Die Vernichtung des Kapitalismus ist auch unser Ziel. Wir wollen sie, um durch sie die Freiheit des arbeitenden Volkes zu verwirklichen, die im bolschewistischen Rußland noch nicht erreicht ist und die mit den Methoden, die dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus gemeinsam sind, auch nicht erreicht werden kann.

Wir wissen genau, daß der Weg, der aus der Hölle des dritten Reichs in das Reich sozialistischer Freiheit führt, nicht mit Rosen und nicht mit Friedenspalmen bestreut ist. Es wird ein harter, blutiger Weg sein. Gewalt wird gegen Gewalt stehen. Menschenrechte wird es erst wieder geben dürfen, wenn es keine Bestien in Menschengestalt mehr geben wird, die sie schändlich mißbrauchen. Die Herrschaft der besitzenden Klassen, die der Faschismus in ihrer brutalsten Form wieder aufgerichtet hat, wird mit den brutalsten Mitteln zerschlagen werden müssen und so gründlich, daß keine Spur mehr von ihr übrig bleibt.

Wenn aber dieses Werk getan ist, dann wird auch der Tag kommen, an dem die Gewaltherrschaft in jeder Form verschwindet und sich der Weg öffnet, der ins Freie führt.

Hindenburg wollte Löbe befreien?

Ein aufsehenerregender Brief Hindenburgs an Frau Löbe

Paul Löbe, der ehemalige Reichstagspräsident, in dessen Hände der Reichspräsident Hindenburg den Eid abgelegt hat, die Verfassung zu achten und zu schützen, sitzt in Schutzhaft. Nun hat sich Frau Löbe an Hindenburg um Hilfe gewendet und von ihm die Antwort erhalten, daß er die Verhaftung ihres Mannes außerordentlich bedaure. Sie möge versichert sein, daß er nach wie vor an der Lauterkeit Löbes keinerlei Zweifel hege. Er habe sich mit dem Reichskanzler in Verbindung gesetzt, um die Enthaltung ihres Mannes zu erwirken.

So weit der Brief, wie ihn ein bürgerliches Blatt wiedergibt. Der Brief ist bereits vor 14 Tagen geschrieben worden, aber die Tatsache, daß Paul Löbe nach wie vor in der Gefängniszelle sitzt, beweist deutlich, daß die Hitler und Göring auf die Intervention des Reichspräsidenten einfach gepfiffen haben. Und diesen Gesellen haben Hindenburg senior und Hindenburg junior die Macht in die Hände gespielt.

Ein Rechtsstaat? Ein Räuberstaat, in dem selbst das höchste Oberhaupt des Staates nichts mehr zu sagen hat. Es fehlt nur noch, daß man für die Enthaltung unschuldiger Menschen Lösegeld nimmt.

Wir buchen auch diese Schande für den Tag der Abrechnung.



Der Herrscher des Dritten Reichs

Deutschtum und Drittes Reich

Von Dr. Karl Renner, Wien.

Wir entnehmen diesen ausgezeichneten Artikel der Wiener Arbeiter-Zeitung.

Bewohner deutscher Zunge gibt es in Frankreich von Elsaß und Lothringen, in Luxemburg, in Belgien von Eupen und Malmédy, in Dänemark des Grenzstrichs in Jütland, in Polen von Oberschlesien, Posen und Westpreußen, in der Tschechoslowakei von Böhmen, Mähren und Schlesien, in Ungarn verschiedener Sprachinseln, in Rumänien von Banat und Siebenbürgen, in Jugoslawien von Untersteiermark, der Gottschee und der Bacska, in Italien von Südtirol. Die deutsche Schweiz und Liechtenstein bleiben hier außer Betracht.

Diese Aufzählung zeigt uns einen geschlossenen Kranz deutscher Siedlungen, der sich rings um das Reich legt, sie vertritt uns den gewaltigen Volksbestand, um den es sich handelt; es sind gut neun bis zehn Millionen Deutsche — ohne Saar, Danzig, Memel und Oesterreich! Die ganze schmerzreiche Geschichte der deutschen Nation, die an jene Polens erinnert, spricht aus dieser Aufzählung. Die Geschichte berichtet uns von einer ersten, zweiten und dritten Teilung Polens; die erste Teilung der deutschen Erde fand nach dem Dreißigjährigen Kriege statt, als man im Westfälischen Frieden die Schweiz und die Niederlande, die inzwischen selbständige Staaten geworden sind, vom Reiche trennte. Die zweite Teilung brachte der Weltkrieg mit der Ablösung vieler Randgebiete und dem Anschlußverbot an Oesterreich. Die Außenpolitik der deutschen Nation erfordert wahrhaftig höchste Sorgfalt, damit nicht eine dritte folge; die Lärmtrommel der Hitlerei ist ganz danach angetan, sie uns zu bescheeren. Die Politik der Nation verlangt vor allem sorgfältigste Rücksicht auf die ökonomischen und politischen Daseinsinteressen dieser Minderheiten, auf daß sie die Lebensnot nicht zwingt, in den Fremdvölkern aufzugehen! Nichts leichter, als sie durch chauvinistische Mauldrescherei aufzupeitschen, schwerer ist es, ihr Dasein zu sichern.

Dieses Auslandsdeutschum ist für das Mutterland von allergrößter Wichtigkeit. Daß sie Außenposten sind, hat neben seinen Nachteilen auch seinen Nutzen! Denn sie sind für die wirtschaftliche und kulturelle Geltung Deutschlands in Europa beinahe entscheidend! Sie sind Träger der ökonomischen Außenbeziehungen Deutschlands und die Vermittler deutscher Kultur an alle Völker.

Es liegt nun auf der Hand, daß demokratische Staatseinrichtungen, staatsbürgerliche Freiheitsrechte, nationale Selbstverwaltung in den Staaten, wo sie wohnen, die Voraussetzung des Fortbestandes dieser deutschen Minderheiten sind. Folgen die Nachbarstaaten dem gegebenen Beispiel „nationaler Gleichschaltung“ und Aufhebung aller demokratischen Garantien, so sind diese Minderheiten verloren! Siehe Südtirol! Die Hitlerei droht zum Grabe dieses Auslandsdeutschums zu werden! Schon erheben sich in diesem Kreise ringsherum die Stimmen der Sorge, des Widerspruches, der Ablehnung: es kann nicht lange dauern, bis der lähmende Bann erschlicherer und erpreßter Triumphe des Nationalsozialismus im Reiche von der Nation abfällt und ihr klar wird, daß diese Richtung nicht der Retter, sondern der Verderber des Deutschums ist!

Zu den beiden Gruppen von Auslandsdeutschen, die bisher vorgeführt sind, kommen noch die vielen Millionen Deutscher, die nicht in geschlossener Siedlung, nicht dem Mutterland nahe, in Verstreung in der Welt leben und wirken. Ihnen können wir jene, die deutsche Reichsangehörige sind, jedoch aus Erwerbsgründen im Ausland tätig sind, zu zählen.

Von allen kontinentalen Nationen weisen wohl die Deutschen — über die Absonderung in die aufgezählten Staats- und Minderheitsgebiete hinaus — die größte absolute und neben den Juden die größte relative Verstreung in der Welt auf. Die Stellung, die Deutschland vor dem Kriege in der Weltwirtschaft errungen hatte, war vor allem durch dieses Deutschum getragen. Begleitumstände und Ausgang des Weltkrieges haben Ansehen und Geltung dieses Teiles der Nation zum ersten-

mal schwer beeinträchtigt, der sogenannte „nationale Aufbruch“ des Mutterlandes kann seinen Zusammenbruch mit sich bringen. Diese Deutschen leben entweder in gefestigten Demokratien, denen das vermeintliche Heldentum des März 1933 im besten Falle als barbarische Reaktion erscheint, oder unter Völkern, die eben nach demokratischer Freiheit ringen und deshalb Völker, die die einmal errungene Freiheit nicht zu schätzen und zu behaupten verstehen, geringschätzen müssen. Diesen Deutschen ist natürlich ein starkes, auf Freiheit und Menschlichkeit, auf Selbstbestimmung des einzelnen wie der Nation beruhendes Reich, ein vorbildliches Reich materieller und geistiger Kultur unter den Fremden persönliche Stütze, Hilfe und berechtigter Stolz; dieses Dritte Reich jedoch, das aus dem Märzverbrechen geboren ist, das die Unfreiheit des Geistes und die physische Gewalt zu seinem Daseinsgesetz gemacht hat, bringt jedem einzelnen von ihnen den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und moralischen Boykott — außer um den Preis der Verleugnung der Methoden seines Mutterlandes. Die Gleichschaltung der Deutschen daheim droht ihre Ausschaltung in der Fremde!

Nicht ohne Grund hat man nach dem Märzverbrechen gesagt: Jetzt hat

Deutschland das Elsaß zum drittenmal verloren! Ebenso muß man feststellen: das Auslandsdeutschum hat den Weltkrieg zum zweitenmal verloren! Die Folgen auf die wirtschaftliche und geistige Weltstellung des Deutschen Reiches sind unabsehbar!

Es ist die sittliche, es ist die nationale Pflicht jedes Auslandsdeutschen, dies dem Muttervolk im Reich zum Bewußtsein zu bringen — trotz der Schwierigkeiten, die dem im Wege stehen. Die Metternichsche geistige Absperrung Oesterreichs von Deutschland im Vormärz war ja eine papierdünne Wand gegen die chinesische Mauer, die Hitler durch die Knebelung von Wort und Schrift um das Reich gezogen hat: er hat das Reichsvolk in der Meinung, es mit wahren Nationalgefühl auszurüsten, wahrhaftig in ein geistiges Ghetto gesperrt, durch den Blutmythos von einer rassischen Auserlesenenheit des Volkes, durch den makabrischen Mythos einer eingeborenen Helden- und Sieghaftigkeit der Rasse mit einer neuartigen Ghetto-Ideologie erfüllt. Erliegt es dieser geistigen Verseuchung, so geht es Gefahren entgegen, die heute noch unvorstellbar sind und besser unausgesprochen bleiben: man kann die deutsche Sache in der Welt nur retten, indem man sie von der Hitlerei freimacht und freihält!

Landesvater Hindenburg

Wegen einer abgesägten Eiche läßt er Tausende drei Tage hungern

Schon einmal sind wir der unhaltbaren Auffassung entgegengetreten, als ob Hindenburg wegen Abnahme seiner geistigen Kräfte für die Vorgänge in Deutschland nicht mehr verantwortlich gemacht werden könne. Wir haben am Fall Ebert gezeigt, daß es in Deutschland Dinge gibt, deren Bedeutung jedem vierjährigen Kinde und jedem hundertjährigen Greise klar werden muß. Ein neuer Fall dieser Art liegt jetzt vor. Wegen Absägung einer sogenannten Hindenburg-Eiche, die Adolf Hitler am 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld gepflanzt hat, ist sämtlichen kommunistischen Schutzhaftlingen für drei Tage die Mittagsmahlzeit entzogen worden und den Häftlingen ist „diese Maßnahme im Hinblick auf den an der Hindenburg-Eiche verübten Frevel eröffnet“ worden. Durch WTB., TU. und Conti hat man dann der ganzen Welt diesen Vorgang mitgeteilt. Man rühmt sich seiner noch! Und nun soll noch einer sagen, daß es in Deutschland Greuel gibt!

Hindenburg aber hat es geschehen lassen, daß wegen eines gleichgültigen nach ihm benannten Bäumchens Tausende unschuldig eingekerkerte Menschen in barbarischer Weise zum Hungern verurteilt werden. Auch wenn sein Verstand noch so sehr geschwächt ist, muß er immer noch begreifen können, daß man durch solche Bestialitäten nicht nur Verzweiflungsausbrüche geradezu provoziert, sondern jede Art und jeden Akt der Gegenwehr moralisch rechtfertigt. Die Absägung eines Baumes kann der Ehre eines Menschen keinen Eintrag tun. Aber das Hungerdiktat über wehrlose und schuldlose Gefangene schändet den, in dessen Namen es verhängt wird, für alle Zeiten. Es ist freilich nicht die einzige Schande und nicht die größte. Es kommt auch gar nicht darauf an, wann die Hindenburg-eichen in Deutschland abgeschnitten werden. In einem freien Deutschland wird dergleichen nicht mehr zu finden sein.

Sechs Monate

Deutschland unter Hitlers Herrschaft

Am 30. Juli war ein halbes Jahr vergangen, seit Adolf Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler. Die deutsche Presse hatte den Auftrag, dieses Tages festlich zu gedenken, und es versteht sich von selbst, daß sie sich dieser Aufgabe gehorsam entledigte. Dennoch war nicht alles auf den gleichen Jubelton gestimmt. Manche Blätter haben zwischen einer Unzahl von Komplimenten für die neuen Herren und verzückten Augenverdrehungen den Versuch gewagt, einiges vorzubringen, was dem geschärften Ohr des gleichgeschalteten Publikums beinahe schon wie ein Ansatz zu vorsichtiger Kritik klingen mag.

Wie so etwas gemacht wird, zu beobachten, ist ergötzlich genug. Beispielsweise bringt die „Vossische Zeitung“ einen Leitartikel von mehreren Spalten über die Verdienste des neuen Kurses, wobei die gänzliche Abkehr von jeder Art von Sozialismus als besonders verdienstvoll gepriesen wird, um dann folgendermaßen fortzufahren:

„Große Aufgaben harren noch der Lösung. Die außenpolitische Lage, die durch die Annäherung Frankreichs an Rußland, durch die Sicherung Polens, durch die sich anbahnende Ueberbrückung der französisch-italienischen Gegensätze, durch angestrebte Zusammenarbeit der beiden Nationen in bezug auf den ganzen Südosten geschaffen worden ist, diese ganze Situation stellt bei dem Desinteressement Amerikas und der Haltung Englands zweifellos noch hohe Anforderungen an die Staatsführung.“

Aus der Sprache des Sklaven in die des freien Mannes übersetzt, heißt das, daß die

Leistungen des Systems auf dem Gebiet der Außenpolitik hundertprozentig negativ sind, daß Deutschland die letzten Freundschaften, die es noch besaß, einschließlich der italienischen, verloren hat, und daß die Isolierung vollständig ist. Gleich darauf geht es dann so weiter:

„Die verfassungsmäßige Untermauerung der legalen Diktatur auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, die Ersetzung des zerschlagenen Parlamentarismus durch einen besseren Staatsaufbau wird eine anstrengende Arbeit für Monate, wenn nicht für Jahre bedeuten.“

Was ist das nun anderes als das Eingeständnis, daß der Nationalsozialismus zwar die demokratische Republik in Trümmer geschlagen hat, den besseren Staatsaufbau aber, den er versprochen hatte, bisher schuldig geblieben ist?

Das ist das Maximum dessen, was heute in Deutschland an Kritik möglich ist, und wahrscheinlich hat sich der Schreiber auch als Held gefühlt, als er diese Zellen niederschrieb. Er hat sie freilich in einem endlosen Schleim ekelhaftester Kriecherei einwickeln müssen.

Schließlich ist diese Art, wie die sechsmonatige Dauer der Hitlerherrschaft gefeiert wird, die furchtbarste Kritik, die an diesem System geübt werden kann. Niemand darf mehr in Deutschland die Wahrheit sagen, weil die Wahrheit für die Herrschenden völlig unerträglich ist. Es gibt in diesem Lande jetzt, wie es bei Uhland heißt, „Seufzer nur und Tränen und scheuer Sklaven Tritt“. Und der Rachegeist, der das alles zu Schutt und Moder zertritt, wird auch nicht ausbleiben!

Der billige Jakob

In zwei Jahren keine Arbeitslosigkeit mehr — sagt Ley.

Hitler hat versprochen, daß die Arbeitslosigkeit in vier Jahren beseitigt sein solle. Ley — verspricht viel mehr. Bei der Einweihung der thüringischen Landesführerschule der Nazis hielt er eine Rede, in der er sagte:

„Die materielle Not meistern wir spielend, wenn wir die seelische meistern. Ich sehe mit ungeheurer Hoffnungen in die Zukunft. Wir werden die Erwerbslosigkeit meistern und all das Elend und die Not. Ich glaube, daß es in dem nächsten Jahr nicht mehr Arbeitslosigkeit geben wird, als in den normalen Zeiten vor dem Kriege, und daß wir in zwei Jahren nicht so viele Menschen in Deutschland haben, um alle vorhandene Arbeit leisten zu können.“

Natürlich lügt Ley noch mehr als Hitler. Die Arbeitslosigkeit Deutschlands sinkt nur auf dem Papier. In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen größer als im Vorjahre. Geringer ist nur die Zahl der Unterstützungsempfänger.

Die Meldungen über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Ostpreußen sind ein offenkundiger Schwindel. Die beiden industriellen Großstädte Königsberg und Elbing haben noch dieselbe Arbeitslosigkeit wie im Vorjahre. Daß in den ländlichen Gegenden die Arbeitslosigkeit in der Zeit der Ernte geringer ist als im Winter, ist eine Selbstverständlichkeit. Das ist immer so gewesen und ist in diesem Jahre durch die Verhinderung des Zuzugs von polnischen Wanderarbeitern noch erleichtert worden. Die meisten in Arbeit gebrachten Landarbeiter werden übrigens nicht von den Großgrundbesitzern, sondern als „Landhelfer“ aus der Reichskasse bezahlt. Nach der Ernte fliegen sie wieder auf die Straße. Aber dann hat das Schlagwort von der Befreiung Ostpreußens von der Arbeitslosigkeit als nationalsozialistische Zwecklüge auch seine Schuldigkeit getan.

Wie sie Arbeitergelder stehlen

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung der Geheimen Staatspolizei, nach der die Forderung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegen die Konzentration, Aktiengesellschaft sozialdemokratischer Druckerei- und Verlagsbetriebe Berlin in Höhe von 9.517.125,55 Reichsmark für den preußischen Staat eingezogen werde. Dasselbe sei mit den 500 Inhaberaktien im Werte von je 500 Reichsmark der Konzentration geschehen.

Kein Kapitalist ist bisher in Deutschland enteignet worden. Die braunen Banden bestehen nur Arbeiter und ihre Organisationen. Aber noch ist das letzte Wort wegen des Diebstahls an dem Eigentum der Sozialdemokratischen Partei nicht gesprochen.

Der »Völkische Beobachter« lügt

Genosse Breitscheid schreibt uns:

Der „Völkische Beobachter“ behauptet jetzt bereits zum zweiten Male, ich hätte mich beim französischen Außenministerium um einen Posten beworben, sei aber abgeblitzt.

Ich stelle fest, daß das Naziblatt eine ebenso groteske wie infame Lüge verbreitet. Niemand habe ich mich um eine Anstellung im französischen Dienst bemüht. Meine Korrespondenz mit dem Pressechef des französischen Außenministeriums, des mir aus seiner Tätigkeit als Leiter der Informationsabteilung des Völkerbundes bekannten Herrn Comert — eine Korrespondenz, auf die der „Völkische Beobachter“ anspielt — bezog sich auf die Frage, ob seiner Meinung nach in Frankreich eine private Existenzmöglichkeit für mich vorhanden sei. Außerdem hat ich Herrn Comert, sich wegen der Erteilung eines Visums für einige deutsche Flüchtlinge zu bemühen.

Dr. Rud. Breitscheid.

Du hilfst dem deutschen Proletariat,

wenn Du für die Verbreitung der Broschüre

Revolution gegen Hitler!

sorgst. Bestelle eine Anzahl Exemplare und verbreite sie in Deinem Bekanntenkreise!

Der Kampf um die Kanzeln

Ein Generalsuperintendent schreit auf — Vor Rom kuscht man

Ein Entrüstungsschrei entringt sich den deutschen Rotationsmaschinen, am lautesten stöhnt der „Völkische Beobachter“. Der beurlaubte Generalsuperintendent der Kurmark, D. Dibelius, hat es gewagt, die Kirche St. Nicolai in Potsdam zu einer „unerhörten Kampfansage gegen die Regierung“ zu benützen. Er machte der Regierung den Vorwurf, sie unterdrückte die Kirche, erklärte die Regierungsführung für unreif, behauptete, die Regierung wolle Christus seiner Göttlichkeit entkleiden und sehe ihn lediglich als zeitgebundenen Höhepunkt des nordischen Rassenmenschen an. Die Kirche kenne nicht den Begriff „Nation“, sie sei für alle Völker da.

Diese Verkündigung der Wahrheit aus christlichem Mund nennt der „Völkische Beobachter“ einen „unerhörten Mißbrauch der Kirche“, und der Ortsgruppenleiter der „Deutschen Christen“ zu Potsdam, Gostomski, nimmt besonders Aergernis daran, daß Dibelius als Kronzeugen den Geist Martin Luthers beschworen hat. „Luther lebte zwar in seiner Zeit und kann nur in der Gebundenheit seiner Zeit beurteilt werden... aber heute, nachdem Jahrhunderte nach ihm vergangen sind, würde er zweifellos anders werden“.

Sie machen sich bequem. „Luther wäre anders geworden“. Woher weiß das ausgerechnet Herr Gostomski in Potsdam? Die Geschichte verzeichnet nur, daß der Anschlag der 95 Thesen an der Schlosskirche für zu Wittenberg vor nunmehr vierhundertsechzig Jahren von den geistlichen und weltlichen Machthabern des damaligen Deutschland gleichfalls als „unerhörter Mißbrauch der Kirche“ empfunden wurde, und daß seither die Auflehnung des jungen Mönches Martin Luther gegen Gewissenszwang und despotischen Machthunger als weltgeschichtliche Tat gefeiert wurde.

Gewissenszwang — wann wurde er je brutaler und ausschließlicher geübt als heute im dritten Reich? Die Schandtaten der Geistesstörer stehen seit dem Mittelalter einzig da, sind vielleicht nur den sadistischen Greueln der spanischen Inquisition vergleichbar, die Juden, Marranen, Abtrünnige und Mißliebige ohne Verfahren zu hunderten und tausenden auf den Scheiterhaufen schickte. Wenn einer heute gegen den neudeutschen Inquisitor aufsteht, so hält das „kreuziget!“ durchs Land.

Die Tapferkeit der Generalsuperintendenten Dibelius in allen Ehren — nur kommt der Widerstandsversuch der evangelischen Kirche gegen das auferstandene Mittelalter reichlich spät. Hätte Dibelius, hätten seine Glaubensgenossen auf den Kanzeln ihre Stimmen ein paar Jahre früher erhoben, anstatt auf „gottlose“ Proletarier, auf diese ärmsten ihrer Brüder Jagd zu machen, so wäre dem deutschen Land vielleicht viel Schuld und Blut erspart geblieben.

Papst und Hitler Zurück bis zu Eugen IV.

Die katholischen Organe Roms haben von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht das Zustandekommen des Reichskonkordats als einen ungeheuren Erfolg der Kirche gefeiert. Die Bedeutung dieses Konkordats, so war dort zu lesen, sei gewaltig, wenn man bedenke, daß man bis zu Papst Eugen IV., d. h. ein Jahrhundert vor der Reformation, zurückgreifen müsse, um ein ähnliches Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl zu finden. Die katholische Kirche rühmt sich damit selbst, in Hitler-Deutschland jene Machtstellung wieder erobert zu haben, die sie im Mittelalter inne hatte. Daß diese Machteroberung auf Kosten jener sittlichen Grundsätze ging, die viele Leute für die christlichen halten, brauchte ja nicht gleich dazu gesagt werden.

Inzwischen hat aber doch die pöbelhafte Art, in der sich die Hitlerregierung ihrer intimen Beziehungen zum Heiligen Stuhl rühmt, in Rom peinliche Gefühle erweckt. Und so hat der „Osservatore Romano“, das amtliche Blatt des Vatikans, einige süß-saure Artikel veröffentlicht, in denen zwar die Verhandlungserfolge der Kirche nochmals unterstrichen werden, aber doch zum Schluß scharfe Verwahrung gegen die Behauptung der Hitlerregierung eingelegt wird, der Abschluß des Konkordats bedeute eine Anerkennung der nationalso-

zialistischen Bewegung. Dagegen betont das päpstliche Blatt, das Konkordat sei mit dem Deutschen Reich als solchem abgeschlossen und habe nur den Zweck, die Rechte und Freiheiten der Kirche (lies: ihr Vermögen) zu sichern. Von jeder Erwägung oder jedem Werturteil anderer Natur sei abgesehen worden.

Gegen diesen Artikel des vatikanischen Amtsblattes veröffentlicht die gleichgeschaltete deutsche Presse eine klobige Entgegnung, natürlich ohne daß die Leser zuvor die Ausführungen des römischen Blattes selbst vorgesetzt erhalten hätten. Immerhin können sie dieser Polemik entnehmen, daß jetzt schon über die Auslegung der getroffenen Abmachungen zwischen Berlin und dem Vatikan die größten Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Schon die Behauptung, das kirchliche Recht sei die Grundlage des Konkordats, wird als „erstaunlich“ zurückgewiesen. Das gerade Gegenteil davon wird für richtig erklärt. Nicht minder scharf wird gegen die Behauptung polemisiert, die Erziehung zur Vaterlandsliebe solle „nach den Geboten Jesu Christi“ geregelt werden. Weiter wird eine römische Äußerung bemängelt, nach der das Verbot der politischen Betätigung der Geistlichen nur „auf Grund der in Deutschland bestehenden besonderen Verhältnisse, wie im Hinblick auf die im Reichskonkordat geschaffenen Sicherungen“ erlassen worden sei. Dagegen wird erklärt, daß das ganze Konkordat auffällig würde, wenn der Papst den Geistlichen die verbotene politische Betätigung wieder erlauben wollte. Zum Schluß beharrt der Berliner Artikelschreiber dabei, daß der Vertragsabschluß „die tatsächliche und rechtliche Anerkennung der nationalsozialistischen Regierung bedeutet“.

Das ist aber gerade das, was das päpstliche Blatt um keinen Preis der Welt wahrhaben möchte. Wohl freut es sich, der dem plumpen deutschen Faschismus abgelisteten Machtvorteile. Aber moralisch kompromittieren möchte es sich mit ihm nicht!

Die Christen von Schießwerder

Auf einer Kundgebung der „Deutschen Christen“ in Schießwerder verkündete der nationalsozialistische Pfarrer Peter folgendes Evangelium:

„Man muß innerhalb des Kirchenvolkes die vier Geheimnisse des deutschen Volkes achten: das Geheimnis des Blutes, das Geheimnis der Sprache, das Geheimnis der gemeinsamen Geschichte und das Geheimnis des Bodens.“

Da hat sich dieser Gottesmann in der Tat mit einem geheimnisvollen Dreh um alles herumgewunden, was mit Christentum auch nur entfernt verwandt ist. Eines aber ist sicher; wenn die zweifelhaften Geheimnisse vom arischen Blut und vom ostelbischen Boden längst gelöst sein werden, dann wird immer noch das eine große Geheimnis bestehen bleiben: wie die Apostel des Nationalsozialismus, dieser Lehre von Mord, Haß, Meineid und Gemeinheit, es jemals wagen konnten, sich Christen zu nennen.

Übrigens scheint auch vielen evangelisch-lutherischen Kirchenmitgliedern die Schändung ihres Glaubens nachgerade zu bunt zu werden. Die gleichgeschalteten „Breslauer Neuesten Nachrichten“ fühlen sich veranlaßt, folgenden Notschrei auszustoßen:

„Angesichts des klaren kirchlichen Aufbauswillens der „Deutschen Christen“ werden die mancherlei dunklen Verdächtigungsversuche, die sich in den — typisch — anonymen Massenzuschriften an die Pfarrer in diesen Tagen äußern, Stück für Stück zurückweichen und wie Seifenblasen zerplatzen.“

Wenn schon die deutsche Presse, der doch eigentlich die Aufgabe zufällt, die unerschüt-

terliche Einigkeit glaubhaft zu machen, mit der angeblich ganz Deutschland hinter dem Hakenkreuz marschert, wenn schon diese verlogene, schönfärbende Presse Massenschmähschriften an die Pfarrer zugibt — wie hoch müssen dann die Wogen der Entrüstung im kirchlichen Lager schlagen!

Das evangelische Kirchenvolk trägt schwere Mitschuld am Emporwachsen der braunen Mörderpartei in Deutschland. Das evangelische Kirchenvolk hat sich selbst dem Hakenkreuzesfeld verschrieben — jetzt wundert es sich, daß dieser Teufel die christliche Seele frißt.

Christus — ein SA-Führer?

Bitte, das ist keine Blasphemie, und wenn es eine ist, so kommt sie nicht von uns. In einem Aufruf der „Deutschen Christen“ (Hitler-Richtung) zu den Kirchenwahlen, heißt es wörtlich:

Die „Deutschen Christen“ sind die SA. Jesu Christi im Kampf zur Vernichtung der leiblichen, sozialen und geistlichen Not. Die Lehre des Nazareners gipfelte in dem Satze „Liebet eure Feinde“. Und da bekanntlich niemand auf der Welt so im Sinne dieser Lehre lebt wie die braune Horde mit ihren Folterhöhlen und Martermethoden, was alle politischen Gegner Hitlers jederzeit bezeugen, so haben die „Deutschen Christen“ keineswegs eine Blasphemie begangen, indem sie sich als die „SA. Jesu Christi“ bezeichneten...

Verbrennen!

Aus einem Buchhändlerinserat im dritten Reich:

Prof. Dr. Suchenwirth
12 Schicksalsgestalten der deutschen Geschichte

80 Seiten, Steifdeckel 1.40

Karl der Große, Otto d. Große, Heinrich IV., Friedrich Barbarossa, Rudolf von Habsburg, Martin Luther, Prinz Eugen von Savoyen, Friedrich d. Große, Maria Theresia, Metternich, Bismarck und Hitler.

Warum, so fragen wir, wird dieses Buch nicht verbrannt? Einmal hätte Hitler selbstverständlich an erste Stelle gehört. Auf die Zeitrechnung kommt dabei nicht an, denn die läuft in Deutschland ohnehin rückwärts und ist längst übers Mittelalter hinausgeschossen. Zweitens befinden sich auf der Liste außer Hitler noch einige Oesterreicher — und Oesterreich ist bekanntlich jetzt der Erbfeind. Drittens wagt der Autor eine Frau mit unter die Schicksalsgestalten zu rechnen. Frauen aber gelten im dritten Reich als minderwertig und haben — ob sie Hitlerike oder Maria Theresia heißen — in der Politik nichts zu suchen.

„Der Kronprinz steht vor Dir!“

Im dritten Reich untersteht nicht bloß die Presse, sondern auch die gesamte literarische Produktion der allerstrengsten Zensur. Da jeder Verleger riskiert, in des Teufels Küche zu kommen, wenn er ein Buch mit mißliebigem Text oder von einem mißliebigen Verfasser verlegt, stockt die gesamte Bücherproduktion. Es gibt aber immer noch einige anspruchslose Blüten, die neben der offiziellen NSDAP-Literatur Wurzel fassen dürfen. So empfiehlt die „Deutsche Zeitung“ ein neues Buch mit dem vielversprechenden Titel

„Der Kronprinz steht vor Dir“.

In der Anpreisung wird gesagt:

„In diesem ausgezeichneten Werkchen hat der Verfasser das Leben des Kronprinzen Wilhelm behandelt. Bedeutungsvolle charakteristische Begebenheiten, ernste und heitere, sind in flüssiger Form mit tiefem persönlichen Empfinden geschildert. Jeder, der die größte Zeit unserer Geschichte miterlebt hat, und der auf die Männer der Gegenwart für ihre jeden Vergleich entbehrende Aufbauarbeit sieht, wird auch von der lebenswarmen Art und dem ehrlich ringenden Willen des Kronprinzen in diesem Buch tief berührt sein.“

Wenn nicht schon das meisterhafte Deutsch dieser Ankündigung reizt, das Werk selbst können zu lernen, der wird durch die Verheißung von acht Bildern, zum Teil aus jüngster Zeit, sicher für die gute Sache gewonnen werden.

Und sowas duldet die Geheime Staatspolizei? Dreht sich die Wetterfahne gar schon nach diesem Wind?

Den Hebel herum!

An der Maschine gesungen.

Neun Stunden am Tag den gleichen Griff,
neun Stunden mit hungrigem Magen,
neun Stunden am Tag den gleichen Griff
wie Neger auf einem Sklavenschiff,
verkauft und in Ketten geschlagen.
Den Hebel herum!
Die Knute geht um.

Herr Hitler sagt, der Revolution
war voller Erfolg beschieden —
Erschlagen so mancher Arbeitersohn,
verteuert das Schmalz, verschlechtert der Lohn,
Herr Hitler ist mit sich zufrieden.
Den Hebel herum!
Der Henker geht um.

Herr Hitler sitzt mit Herrn Thyssen beim Mahl,
wir schufteln in Elend und Schande,
unser Werktag ist lang, unser Leben ist Qual,
unsrer Kinder Wangen sind schlaff und fahl,
Herr Thyssen ist König im Lande.
Den Hebel herum!
Der Hunger geht um.

Sei klug, Kamerad, sprich leis, Kamerad,
Herr Thyssen hat lange Ohren,
es wuchs empor aus brauner Saat
ein brauner Staat, ein Gaunerstaat,
wer die Wahrheit sagt, ist verloren.
Den Hebel herum!
Der Spitzel geht um.

Das Radwerk knirscht, der Riemen schreit,
gepeitscht von der Kraft unserer Hände,
Stähl' die Faust, Kamerad, bald ist es so weit,
Sei bereit, Kamerad, bald kommt unsre Zeit,
bald feiern wir Weltenwende.
Den Hebel herum!
der Zorn geht um,
den Hebel herum,
macht ein Ende!

Munin.

Abkehr vom Recht

Von Justizian.

In Deutschland vollzieht sich zur Zeit ein Prozeß, den man als eine völlige Abkehr vom Recht bezeichnen muß. Wir meinen damit nicht die Gewalttaten und Willkürakte, deren Urheber in keiner Beziehung zur Rechtspflege stehen. Nein, die Rechtspflege selber schlägt Wege ein, mit denen sie die Grundlagen jedes Rechtes, das diesen Namen verdient, preisgibt.

Eine Berliner Zeitung zeigte jüngst im Bilde, wie auf dem Jüteboger Truppenübungsplatz die zum „Gemeinschaftsleben“ konzentrierten Kandidaten der großen juristischen Staatsprüfung sich die Zeit vertreiben. Die immerhin in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre stehenden Referendare haben einen Galgen errichtet und — einen Paragraphen daran gehängt.

Ein Scherz? Vielleicht. Sicher aber ein Scherz mit tieferer Bedeutung. Der schmählich aufgehängte Paragraph symbolisiert das, was die Wortführer der nationalsozialistischen Justizpolitik, die Dr. Freisler und Dr. Frank landauf, landab in Juristenversammlungen predigen: der Richter des Dritten Reichs solle nicht mehr an das Gesetz gebunden sein. Wir zitieren aus Berichten der gleichgeschalteten deutschen Presse:

Freisler (vor der Juristischen Fachschaft der Universität Berlin): „Wir wenden uns gegen eine sogenannte objektive Rechtsprechung, weil sie sich in der Findung der Urteilsprüche vom Leben des Volkes entfernt und seine Lebensrichtung verkennt.“

Frank II (vor der Juristischen Fachschaft der Universität Köln): „Nicht Kommentare sind entscheidend, sondern das elementare Rechtsgefühl.“

Frank II (vor dem Bund nationalsozialistischer Juristen): „Das Recht ist nicht mehr Angelegenheit der täglichen Sachlichkeit, sondern eine Sache des Glaubens und des völkischen Schicksals. Es gibt von jetzt ab eine neue Gerechtigkeit. Gerecht ist die Aufrechterhaltung der deutschen Interessen gegenüber allen Schädlingen des deutschen Volkes.“

Dr. Frank II ist Reichsjustizkommissar und Staatsminister, Dr. Freisler Staatssekretär im preußischen Justizministerium. Ihre Reden bezeichnen also den offiziellen Kurs der deutschen Rechtspflege. Nun klingt allerdings aus diesen Reden oft der Ton, als richte sich der Kampf in erster Linie gegen das „dem deutschen Volk aufgezwungene römische Recht“ (Frank in der Berliner Rede). Aber das ist eine rein agitatorische Finte. Frank wie Freisler beziehen sich in den zitierten Reden fast ausschließlich auf die geplante Reform des Strafrechts. Das deutsche Strafrecht, zum Bürgerlichen Gesetzbuch — überhaupt keine römischen Bestandteile. Es ist bisher von nationalsozialistischer Seite auch keinerlei Versuch gemacht worden, die auf das Corpus juris Justinians zurückzuführenden Vorschriften unseres Schuld- und Sachenrechtes aus dem B. G. B. auszumerzen.

Nein, die Herren reden wohl vom römischen Recht, aber sie meinen ganz etwas anderes: sie meinen die von den römischen Juristen zuerst mit großem Scharfsinn geübte Auslegung der Gesetze mittels der Logik und des Verstandes. Von Verstand und Logik will der auf unklarem Gefühlsschwulst basierte Nationalsozialismus nichts wissen, daher die Wut über Paragraphen, Kommentare und angebliche „Buchstabenjuristerei.“

Nun war aber vor der nationalsozialistischen Konterrevolution gerade der beste Teil der deutschen Juristen — und zwar unter dem Einfluß der demokratisch-republikanischen Rechtsauffassung — über die starre Buchstabenauslegung der Gesetze längst hinaus. Für einen Richter der Geistesrichtung, wie sie etwa die „Justiz“, das Organ des Republikanischen Richterbundes vertrat, aber auch für viele weiter rechts orientierte Juristen war es eine platte Selbstverständlichkeit, daß Gesetze nach dem Geist und den Erfordernissen der Gegenwart auszulegen seien. Von einer scholastischen Paragraphenakrobatie früherer Zeiten war man längst zu einer soziologischen

Gesetzesauslegung gelangt. Freilich, diese Gesetzesauslegung kannte eine Schranke: den eindeutigen Sinn eines Gesetzes. Der Richter war frei innerhalb des Gesetzes, auch neben dem Gesetz, wo dieses Lücken ließ, — aber gegen das Gesetz durfte er nicht entscheiden.

Das aber wollen die Freisler und Frank. Sie wollen die Willkür des Richters gegenüber dem Gesetz stabilisieren. Nicht objektiv, nicht sachlich, nicht mit dem Verstande soll der Richter urteilen, sondern er soll „als Interpret des Volkswillens“ (Frank II) das Urteilen als eine „Sache des Glaubens“, also des Sentiments betrachten.

Jede Rechtswissenschaft ist ja alsdann überflüssig, weswegen Dr. Freisler auch lebhaft gegen allzu große Kenntnisse der Referendare wettet: „Es ist nicht erforderlich, eine Summe Einzelwissen anzuhäufen... In der Prüfung soll man vom Studenten nicht Einzelwissen verlangen, sondern Verständnis für das Schicksal des Volkes.“

Zu deutsch: stramme nationalsozialistische Gesinnung ersetzt positive Kenntnisse. Weshalb ja auch jetzt die Referendare die Vorarbeit zur großen Staatsprüfung auf dem Truppenübungsplatz zu leisten haben. Als Richter werden sie ja nicht nach den Gesetzen entscheiden, sondern — nach Frank II — aus dem „elementaren Rechtsgefühl“, wozu man allerdings keinerlei Rechtsstudium braucht.

Welches Gesetz soll aber der Richter erfüllen? Man antwortet ihm „Das Lebensgesetz des deutschen Volkes“. Wieder ein Schwulst, unter dem sich theoretisch jeder etwas anderes vorstellen könnte. Praktisch ist aber nichts anderes gemeint als das, was die Politik der herrschenden nationalsozialistischen Partei als angebliche Lebensnotwendigkeit für Deutschland vorschreibt. Bezeichnet es die Leitung der NSDAP, z. B. als Lebensnotwendigkeit für Deutschland, Marxisten und Juden kurzerhand totzuschlagen, so hat der Richter, auch wenn es einen Mordparagraphen im Strafrecht gibt, die Mörder freizusprechen. O bitte, das ist keine von uns ersonnene Uebertreibung, um einen gegnerischen Gedanken ad absurdum zu führen. Nein, dieser Gedanke ist von dem Landgerichtspräsidenten Dietrich-Hechingen in der „Deutschen Juristenzeitung“ gegenüber den „ängstlichen Gemütern“ unter seinen

Kollegen, die in solchem Falle das Gesetz anwenden wollen, in allen Oeffentlichkeit verfochten worden.

Mit diesem „Lebensrecht“ des deutschen Volkes verbindet sich dann auch ein entsprechendes „staatliches Notwehrrecht“, das — siehe die Fälle Scheidemann, Worch usw. — die Blutrache an den Verwandten eines wirklichen oder angeblichen Täters zuläßt. Mit dem „staatlichen Notwehrrecht“ will man es begründen, daß man politische Gegner ohne Urteil in Haft nimmt, und wenn sie ins Ausland entkommen, ihnen ihr Hab und Gut raubt. Das gleiche „Notwehrrecht“ läßt es angeblich zu, auf die Verbreitung von Flugblättern die — Todesstrafe zu setzen.

Hier ist das wirkliche Ziel, das die Freisler und Frank anstreben: los von den Grundlagen aller zivilisierten Gesetzgebung. Zu diesem Zweck dem Richter vollendete Freiheit — zur Grausamkeit und Willkür. Frank II spricht von künftigen „Richterkönigen“, die das Dritte Reich schaffen wollen, ein Wort, das er nach echter Nazi-Manier aus dem Vokabularium edler und idealistischer Rechtsreformer gestohlen hat. Die Freirechtsschule, an ihrer Spitze die jüdischen Rechtsgelehrten Fuchs und Kantorowicz, sie erstrebte einst unabhängige Richterkönige, die in Weisheit, Milde und Gerechtigkeit ihres hohen Amtes walten sollten!

Was aber die Freisler und Frank II aus den Richtern machen wollen, sind Raubtierkönige, oder, genauer gesagt, die Profese einer glatten Partei- und Willkürjustiz, die ohne gesetzliche Hemmungen, jede Grausamkeit mit dem angeblichen Lebensrecht des deutschen Volkes entschuldigend, unablässig das Schwert auf die Köpfe der Opposition niedersausen lassen. Der Sdismus einiger psychopathischer Intellektueller soll auf die gesamte Justiz übertragen und von jeder eindämmenden Schranke befreit werden. Mit der Bindung des Richters an das Recht sollen die letzten Garantien der Rechtssicherheit, die letzten Reste eines Rechtsstaates beseitigt werden.

Das ist der gegenwärtige Kurs der Rechtspolitik in Deutschland — und die deutschen Richter schweigen und kuschen, sofern sie nicht begeistert zustimmen. Wir erinnern einst daran!

Die Pleite kommt näher

Dauernder Rückgang der Steuern

Nach den offiziellen Reden der neuen Machthaber geht es in Deutschland von Tag zu Tag besser. Die bisher noch nicht gefälschten amtlichen Statistiken aber zeigen das Gegenteil. Die Einnahmen des Reiches im ersten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1933 sind mit 1617,8 Millionen Reichsmark um 71,2 Millionen Reichsmark niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Von dieser Mindereinnahme entfallen 58,4 Millionen auf die Besitz- und Verkehrssteuern und nur 12,8 Millionen auf die Zölle und Verbrauchssteuern. Die Kapitalisten setzen also ihre Steuersabotage in erhöhtem Umfang fort. Da der Voranschlag für 1933 mit Mehreinnahmen von vierteljährlich 50 Millionen Mark rechnet, so ist der Fehlbetrag in Wirklichkeit mehr als 120 Millionen Reichsmark.

Geringere Einnahmen — höhere Ausgaben: der Weg zur Bankrottwirtschaft ist offen.

Sterbende Zeitungen

Das im Ullstein-Verlag erscheinende „Tempo“ hat sein Erscheinen eingestellt. Auch das „Acht-Uhr-Abendblatt“ Mosses liegt im Sterben. Nach uns gewordenen zuverlässigen Informationen beträgt seine Auflage kaum noch 6000. Das „Berliner Tageblatt“ ist auf eine Auflage von 28.000 herabgeglitten.

Dank vom Hause Hitler!

Die deutschen Zeitungen melden kurz und schlicht:

„Tarifkündigungen in Oberschlesien. Der Arbeitgeberverband der oberschlesischen Schwerindustrie hat das

Gehaltstarifabkommen für die in der oberschlesischen Industrie beschäftigten Beamten und Angestellten gekündigt. Ab 1. Oktober dieses Jahres soll ein neuer Gehaltstarif verpflichtend werden. Durch diesen wird ein Gehaltsabbau durchgeführt.“

„Wird durchgeführt.“ — Von Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern kann natürlich keine Rede sein, denn der Klassenkampf ist ja im dritten Reich bekanntlich beendet, die Unternehmer haben gesiegt.

Gerade die Angestellten und Beamten der Privatindustrie zählen in der Mehrzahl seit Jahren zu Hitlers getreuesten Paladinen. Jetzt empfangen sie den Lohn: Gehaltsabbau, brutale Unterdrückung. Die Versprechungen vor dem 5. März klangen ganz anders, aber die Enttäuschungen mögen sich trösten — sie sind nicht die Einzigigen, die Hitler, dieses Muster deutscher Aufrichtigkeit und Treue, genasführt hat. Nur die Herren vom „raffenden Kapital“ sind mit ihm zufrieden.

Tagt es?

Heinz Riecke, Schulungsleiter im nationalsozialistischen deutschen Studentenbund, Hamburg, schreibt in einem Aufsatz über „Rasse und Kunst“, der die Stimmung eines Arbeitskreises Hamburger Studenten wiedergibt, folgendes:

„Wenn wir in das Leben der Kunst den Begriff der Rasse einschalten, hemmen wir mehr als wir fördern. So große Bedeutung die Rasse in der Welt der Begriffe, der Philosophie, hat, so sollen wir uns der Grenze in der Kunst bewußt sein. Er ist in einer Zeit der schärfsten Kritik entstanden: er hat Bedeutung für die Kritik, aber nicht für die schaffende Kunst.“

So zu lesen in einer gleichgeschalteten Literaturzeitschrift. Wenn solche Stimmen im Lager der Jugend sich mehren, werden verschiedene Rasseprofessoren — und hoffentlich noch einige andere Leute ihren Laden sehr bald schließen müssen.

Monarchenbilder her!

Durch einen Erlaß hat der preußische Innenminister die aus den Jahren 1919 und 1920 stammenden Beschlüsse und Erlasse über die Entfernungen der Kaiserbilder und monarchistischen Hoheitsabzeichen aus den staatlichen Gebäuden aufgehoben. „Solche etwa noch vorhandenen Bilder usw.“ — heißt es in dem Erlaß — „können wieder angebracht werden, soweit Kosten dadurch nicht entstehen.“

Marxistenbilder fort!

Der Polizeipräsident von Essen weist in einer Anordnung darauf hin, daß man noch immer in den Wohnungen ehemaliger Mitglieder der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei marxistische Bilder finde. Es könne nicht geduldet werden, daß der Geist der Jugend durch den dauernden Anblick solcher Andenken aus der Zeit des Systems vergittet werde. Die zwangsdauerige Folge eines derartigen Verhaltens könne unter Umständen die Verhängung von Schutzhaft sein.

Brutanstalt für Idioten

Bleib sitzen, aber in Uniform.

Im Dresdner Naziblatt berichtet der nationalsozialistische Lehrer Arthur Löffler über den erzieherischen Wert der Hitler-Uniform:

„Alle meine Neunjährigen beneiden den Heinz und den Hans, weil diese, bereits zehnjährig, Jugenduniform tragen dürfen, Heinz die des Hitlerjugendvolkes, Hans die des Scharnhorstbunds. Beide sind Sitzbleiber, demnach ein Jahr älter als die anderen. Das gilt sonst wohl als ein Fleckchen an der Schülerschleife, doch die Uniform gleicht das aus, sie verschafft sogar höhere Geltung unter den Klassenossen.“

Im wilhelminischen Deutschland hob die Uniform erst im späteren Leben über mancherlei Intelligenzunterschiede hinweg — im III. Reich siegt die Hitlerkluft schon in der Schule über den Geist. Wer im zehnten Jahre sitzen bleibt, hat sogar den Vorzug, in seiner Klasse allein Uniform tragen zu dürfen, zu der die Gescheitern emporgucken müssen. Und hakenkreuzlerische Jugenderzieher lehren: „Dumm und faul darfst du bleiben, mein Knabe, wenn du nur ein Braunhemd trägst.“ Welches Land macht dem Dritten Reich solche Lehrer, solche Schüler nach?

Diktatur der Fleischermeister.

Was muß das wohl für ein wunderlicher „Sozialismus“ sein, für den sich auch die konservativen Mittelständler mit so viel kleinbürgerlichem Temperament begeistern?

In Breslau hat die sogenannte „Deutsche Arbeitsfront“, eine Zwangsinnung geschundener Sklaven — auf Nichtbeitritt steht braune „Konzentration“ — ein theatralisches Meeting abgehalten, auf dem der allgemein unbeliebte Trunkenbold Ley eine seiner unfreiwillig humoristischen Ansprachen hielt.

Die Fleisch- und Wurstmacherinnung hielt sich, volksgemeinschaftlich ergriffen, für verpflichtet, die Arbeitsfrontler stürmisch zu ehren und ordnete die Schließung der Wurst- und Fleischerläden ab 2 Uhr nachmittags an.

Wenn die finstersten und engherzigsten wirtschaftlichen Reaktionen so munter „Vivat“ brüllen, werden sich die schmählich zum „Arbeitsfront“-Zwangsdienst gepreßten Arbeiter über den sozialen „Gehalt“ des Barbarenregimes sehr bald im klaren sein!

Die Straße zum Abgrund.

6 Festansprachen und 50 Ehrenjungfrauen.

Wo keine Erfolge zu verzeichnen sind, ist man gezwungen, à la Potemkin zu arbeiten und zu erfinden.

So machen es die Nazis, aber sie machen es mit wenig Geschick.

Dieser Tage haben sie in einer schlesischen Kleinstadt eine neuerbaute Straße als „erste Straße des neuen Reiches“ eingeweiht.

Dieser zufällige Neubau einer Straße hatte 6 Festansprachen, eine Stadtilumination, die obligate Parade, 50 Ehrenjungfrauen und einen Massenaufmarsch hoher und höchster Naziborden zur Folge.

Man bewahrt sich gegenseitig mit Komplimenten und nahm die kümmerliche Straße zum Anlaß, um vor sich selber in Ehrfurcht stramm zu stehen.

Die Mechanik des Machtapparates

Der innere Aufbau des Hitlerstaates zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie alle in der freien Demokratie beruhende politische und kulturelle Geistigkeit zu Tode geprügelt wird. Das Gerüst dieses Staates bildet ausschließlich die von einer unersättlichen Machtgier besessene Bonzokratie der nationalsozialistischen Partei. Aber die Konturen dieses Machtbaues zeigen bereits, wie die Auguren oben sich gegenseitig betrügen. Görings Kampf um die Macht, wobei er den Großfaktor Preußen gegen Hitler und das Reich rücksichtslos ausspielt, ist das Kennzeichen der jetzigen Situation.

Das ist wirklich ein Satz von mathematischer Gewißheit: Je feierlicher ein nationalsozialistisches Versprechen war, desto sicherer wird es gebrochen. Das gilt aber nicht nur vom „sozialistischen“ Teil des Programms, an dessen Erfüllung ohnedies nur Esel glauben konnten; auffallender ist schon der Betrug an dem Mittelstand und den Bauern, da sie ja die hauptsächlichsten Träger der nationalsozialistischen Bewegung sind. Der Kampf gegen die Warenhäuser ist nicht nur eingestellt, er hat mit einer

Subventionierung der großen Konzerne von Hermann und von Leonhard Tietz
durch Banken des Reichs geendet, die im Verhältnis zu dem investierten Kapital mit zu der größten Subvention gehört, die einem Wirtschaftszweig je gegeben worden ist. Und ebenso wird an Stelle der raschen und rücksichtslosen Siedlung die Erhaltung des Großgrundbesitzes proklamiert, da nun einmal das „liberalistische“ Prinzip des Privatunternehmertums und Privateigentums von den Nationalkapitalisten restlos anerkannt ist — oder vielmehr bis auf den geringen Rest, daß Eigentum der Arbeiter und der armen Juden vogelfrei ist. Aber das ändert an dem Prinzip nichts, da ja der Diebstahl nur die negative Seite des Prinzips des Privateigentums darstellt.

Aber man darf über die schamlose Preisgabe aller, aber auch aller wirtschaftlichen Programmpunkte nicht die politische Verwüstung vergessen, die die Nationalkapitalisten anrichten. Sie kann, weil sie jede Entwicklungsmöglichkeit im Keim zu ersticken droht, fast noch gefährlicher werden als die unumschränkte Aufrichtung des Monopolkapitalismus, die den Inhalt der Wirtschaftsmaßnahmen bildet, die die Thyssen und Krupp und ihr Beauftragter, der Wirtschaftsführer Schmitt, dem „Führer“ diktieren.

„Gebt mir vier Jahre, nur vier Jahre Zeit, dann werde ich mich Eurem Urteil stellen“, hat Hitler feierlich versprochen. Heute verkünden Hitler und seine Kumpane, daß es nie mehr Wahlen geben werde. Wie die Parteien, so sei auch der Parlamentarismus endgültig tot.

Bei dieser Ankündigung ist es nicht geblieben. Nicht nur der Reichstag ist tot, jede politische Selbstbetätigung des Volkes wird systematisch auf allen Gebieten zum Absterben gebracht.

Als die Reichsstatthalter eingesetzt, die Länder politisch gleichgedacht für die Beseitigung des Partikularismus, für die Verwirklichung des Einheitsstaates hielten. Wir, die wir als einzigen schaltet wurden, gab es naive Leute, die Inhalt des deutschen Faschismus die Versklavung der Arbeiterklasse und die Erhebung der Staatsmacht ansahen, wurden aufgefordert, doch wenigstens darin einen Fortschritt, die Gutmachung eines Versäumnisses der Republik anzuerkennen.

Was ist aus dem Einheitsstaat geworden?

Die Vereinigung von Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin ist für den Herbst angekündigt. Im übrigen sind die dutzende Ministerien, sind vor allem die selbständigen Länderbürokratien und Länderverwaltungen mit all den Reibungen und Hemmungen völlig unverändert erhalten geblieben. Nicht der geringste organische Fortschritt, nicht die geringste Verwaltungsreform ist auch nur in Aussicht genommen. Nur eines hat sich geändert: alle Posten werden von Nationalsozialisten besetzt und die Bürokratie wird von jeder Kontrolle der Volksvertreter restlos befreit. Der Partikularismus wird durch den Absolutismus der Bürokratie maßlos verschärft.

Aber noch mehr: Der Dualismus zwischen Reich und Preußen hat erst seine volle Ausprägung erhalten, seitdem Göring mit allen Mitteln Preußen zu seiner Hausmacht gegen das Reich Hitlers ausgestaltet hat. Es war stets die große Schwäche des Reichs, daß es nicht über eine eigene Verwaltung verfügte. Göring, weit entfernt die preußische Verwaltung dem Reich zur Verfügung zu stellen, hält sie mit eiserner Faust als selbständige, ihm eigene Macht-sphäre aufrecht und läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne zu erklären, daß er irgend eine Schmälerung oder Einengung der „Rechte Preußens“ nicht dulden werde. Der Dualismus ist nicht nur erhalten; es ist gar kein Zweifel, daß der preußische Ministerpräsident, der über die Polizei und den größten Teil der SA-Hilfspolizei unumschränkt verfügt, heute viel stärker ist als der Reichskanzler, dessen Verfügungsgewalt über die Reichs-

wehr, wenigstens gegenwärtig, eine sehr eingeschränkte ist.

Göring hat aber seine Machtstellung in einer Weise ausgebaut, die in doppelter Hinsicht von großer Bedeutung ist. Er hat eine neue Institution geschaffen, den Staatsrat, der die Grundlage für die neue nationalsozialistische Staatsform bilden soll. Der Staatsrat hat zwar formell nur beratende Stimme, er hat aber doch infolge seiner Zusammensetzung eine starke Autorität. Dabei denken wir natürlich nicht an die paar Prostituierten, die als Vertreter von neudeutscher Wissenschaft, Kunst und Kirche zu hören dürfen, sondern an die SA-, SS-Führer und Gauleiter, aus denen er fast ganz gebildet ist. Dadurch hat Göring die Führer der nationalsozialistischen Partei, bei denen die eigentliche Macht in Deutschland liegt, so sehr sich auch Hitler bemüht, diese in die Hand der Reichsregierung zu überführen, mit einem Schlag in die Regierung, und zwar in seine, die preußische Regierung, eingegliedert, den größten und wichtigsten Teil der alleinherrschenden Partei sich sozusagen persönlich attachiert. Zugleich aber soll der Staatsrat, die „wichtigste Institution nach der Regierung“, nach der Erläuterung Görings, das „einzige lebendige Zwischenglied zwischen der Regierung und dem preußischen Volke“ sein. Das „einzige“, das heißt, daß diese Körperschaft nicht nur den alten preußischen Staatsrat, sondern auch den Landtag ersetzen wird.

Der Landtag verschwindet — Göring und die Gauleiter werden unumschränkte Herren —

Jede politische Betätigung des preußischen Volkes hört einfach auf. Damit wird, wie Göring selbst sagte, der nationalsozialistische Grundsatz verwirklicht, daß es „nur eine Autorität von oben nach unten und nur eine Verantwortung von unten nach oben gibt“. Es ist der Grundsatz der alten Armee, der Vorgesetzte kommandiert und der Untergebene gehorcht. Der Kadavergehorsam enthält sich so als das Aufbauprinzip des neuen Staates in völliger Schamlosigkeit.

Zugleich sollen die neuen Staatsräte auch Vorschlags- und Einspruchsrechte, speziell in Personalfragen (lies: Postenbesetzung) gegenüber den Ober- und

Regierungspräsidenten erhalten. Während die Bürokratie in sachlicher Hinsicht durch Fortfall der Kontrolle unumschränkt wird, wird sie in personeller Hinsicht Instrument der zu Staatsräten verwandelten Gauleiter.

Es ist kaum ein Zweifel, daß Art und Methode der Beseitigung der politischen Betätigung des preußischen Volkes auch in den anderen Ländern Schule machen wird. Schon jetzt führen ja die Landtage trotz Gleichschaltung und Marxistenreinheit kaum mehr ein Schattendasein. Von Gesetzgebung, Budgetberatung und Kontrolle der Verwaltung ist keine Rede und übrig geblieben ist nur — der Diätenbezug.

Aber diese Entpolitisierung ist nicht auf Reich und Länder beschränkt, sie greift auf die Provinzen und Gemeinden über und

rottet die Selbstverwaltung mit Stumpf und Stiel aus.

Die Selbständigkeit der Gemeindeverwaltung ist schon dadurch vernichtet, daß die Bürgermeister und wichtigsten Kommunalbeamten nicht nur der Bestätigung durch die Landesregierung bedürfen, sondern auch jederzeit von ihr abberufen werden können. Schon das bringt die deutsche Selbstverwaltung, die sonst gerade das Bürgertum nicht genug rühmen konnte, weit hinter den Stand zur Zeit Steins und Hardensberg zurück. Freilich hatte das Bürgertum, seit die Republik das allgemeine gleiche Wahlrecht in den Gemeinden eingeführt hatte, an der demokratischen Selbstverwaltung keine Freude mehr.

Aber nicht minder wichtig wie die Beseitigung der deutschen Selbstverwaltung durch das romanische Podesta- und Präektensystem ist die drohende Stilllegung der Gemeinde- und Provinzialvertretungen. Auch hier sollen die „liberalistischen“ Ueberbleibsel von Wahlen, Debatten und Beschlußfassungen beseitigt, alle Macht dem praktisch von den Nationalsozialisten ernannten „Gemeindeführer“ übertragen werden.

Ausschluß der Mitwirkung des Volkes an den großen politischen Schicksalsfragen durch Beseitigung des Reichstags;

Ausschluß der Mitwirkung an den Gesetzgebungen der Länder, die vor allem die großen Kulturfragen zu regeln haben;

Hitler erobert eine Burg

Von Manfred.

Unweit von Schandau an der Elbe liegt in den Felsenwänden der Sächsischen Schweiz die Burg Hohnstein. Sie ist älter als die kleine Stadt, die sich malerisch um ihre Mauern lagert. Schon im frühen Mittelalter war die Burg der Sitz des böhmischen Baronsgeschlechtes der Birken von der Duba, die jahrhundertlang die Herren des damals sehr unzugänglichen Gebiets waren. In ewige Feinden mit ebenso rauf- und raublustigen Nachbarn verwickelt, wurden sie schließlich als Raubritter zu einer Landplage, vor der sich alle zu fürchten hatten, die den alten Handelsweg durch die Schluchten der Sächsischen Schweiz benutzen mußten. Es hat dann lange Streitereien gegeben, bis endlich die Burg und mit ihr das ganze Gebiet unter die Herrschaft der Markgrafen von Meissen kam.

Die Burg wechselte späterhin mehrmals ihre Besitzer und diente dann schließlich als gefürchtetes Staatsgefängnis, von dem ein Sprichwort sagte: „Wer da kommt nach dem Hohnstein, der kommt selten wieder heim.“ Wer in die Gefangenschaft auf die Burg Hohnstein geführt wurde, konnte von der Welt auf lange Zeit oder gar für immer Abschied nehmen; ringsum starrten stolle Felsen, schwiegen dunkle Wälder. Hinter den meterdicken Mauern hörte niemand die Seufzer der Gefangenen

und die Felswände, unter denen die Tiefe gähnte, machten eine Flucht unmöglich. Es berichtet keine genaue Kunde von den Schicksalen der Gefangenen, nur einmal spricht eine Urkunde von den Klagen einer gefangenen Frau, daß sie „die Ratten am ganzen Leibe verderbet“ hätten.

Später hat die Burg noch einmal als Gefängnis gedient. Im 19. Jahrhundert wurde in ihren Mauern eine staatliche Korrekptionsanstalt untergebracht. Die Sträflinge hausten in Zellen und vergitterten Räumen. Sie saßen Sonntags gebeugt in den Bänken der Burgkapelle, hörten Predigt und Orgelklang zum Lobe Gottes, der alles so herrlich eingerichtet hat. Wochentags aber standen sie an den Knopfmuscheln, die in den Burgsälen aufgestellt waren. Tagaus, tagein machten sie Knöpfe, immer und un-
aufhörlich Knöpfe; jahraus, jahrein. Und wieder galt das Wort: Wer da kommt auf dem Hohnstein ...

Endlich aber kamen andere Tage für die Burg. Nach dem Umsturz war die Korrekptionsanstalt aufgelöst und die Insassen nach der Strafanstalt Bautzen überführt worden. Und schließlich, im Jahre 1924, öffneten sich die Tore der Burg weit und gastlich: der Staat als Eigentümer hatte die Burg dem Verbands deutscher Jugendherbergen überlassen. Sie wurde zur „Jugendburg“ ausgebaut — es war nun eine der größten und schönsten Jugendherbergen in Deutschland. Staat und Städte, Sozialverbände, Gewerkschaften und andere Gönner hatten als Stifter das schöne Werk vollbringen helfen, und nun zog die Jugend ein.

Die Höfe und Räume der Burg klangen wieder von Gesang und Musik, die Wimpel der Jugendverbände aller Richtungen flatterten über den grauen Mauern, Schulkinder mit ihren Lehrern kamen und gingen, die wanderfrohe Jugend hatte hier inmitten einer prächtvollen Landschaft ihr geliebtes Heim, eine Heimat. Es war „die singende, klingende Jugendburg“. Und ihr Ruf und die Liebe zu ihr reichten nicht nur bis an die Grenzen Deutschlands. Gäste aller Länder haben sich hier wohlgefühlt, Studienkommissionen des Völkerbundes, Reisege-sellschaften und Einzelgäste aus Dänemark, Finnland, Canada, Indien, aus aller Welt haben die deutsche Jugend um diese Burg beneidet, amerikanische Zeitungen haben sie in Wort und Bild als Vorbild gerühmt. Die Burg und ihr Burgwart waren bekannt überall, von woher wandernde Jugend nach Hohnstein kam.

Das ist mit einem Schlage zu Ende. Hitler hat die Burg erobert, wie er alles erobert hat, was in Deutschland Kultur war. Wie seine braunen Gardien alles geraubt haben, was irgendwo im Dienste demokratischer Wohlfahrt geschaffen worden war, so haben sie eines Tages im Auftrage „der nationalen Revolution“ auch diese Jugendburg besetzt. Sie haben die schöne Bücherei der Burg „gereinigt“, sie haben die Jugend aus ihrem geliebten Heim vertrieben, sie haben die Familie des Burgwarts aus ihrer Wohnung gejagt, sie haben den Burgwart gefangen genommen und ihn in eines ihrer Konzentrationslager verschleppt, von wo er nach einem verzweifelten Selbstmordversuch in eine Dresdner Gefangenen-

anstalt gebracht worden ist. Sie haben ein schönes, in aller Welt geschätztes Werk tätiger Jugendfürsorge durch brutale Gewalt geschändet.

Und was haben sie aus der Jugendburg gemacht?

Ein Gefängnis. Wieder ein Gefängnis.

Wieder schmachten in der Burg Hohnstein, die eine Jugendburg war, hunderte politische Gefangene, die nicht wissen, welches Schicksal ihrer harret. Es wird nicht mehr musiziert und gesungen in der Burg Hohnstein, wenn nicht die SA, die Gefangenen zwingt, das Horst-Wessel-Lied zu singen. Nicht mehr rastet fröhliche Jugend in der Burg — im Dritten Reiche Hitlers wird nicht gewandert; es wird nur noch exzerziert. Und wieder senkt sich Schweigen über die Mauern, über die Felswände, über die Wälder — keine Kunde dringt durch die verschlossenen und bewachten Tore. Und geschieht es doch einmal, so ist es eine Schreckenskunde wie jene Zeitungsnachricht, die vor kurzem berichtete, daß ein Gefangener eine Beschuldigung freiwillig auf sich nahm, um seine Schicksalsgenossen vor barbarischen Quälereien zu bewahren und daß dann er und seine junge Frau, als sie vom Tode ihres Mannes erfuhr, Selbstmord begangen haben.

Hitler hat eine Burg erobert. Die Jugendburg Hohnstein, die schönste Jugendherberge Deutschlands ist wieder ein Gefängnis geworden. Und wieder gilt das drohende Wort: Wer da kommt nach dem Hohnstein, der kommt selten wieder heim!

schließlich sogar Ausschluß der Mitwirkung an den lokalen Fragen der Gemeinde, an den Angelegenheiten der Wohlfahrt und Erziehung:

Das ist der Staatsaufbau der nationalsozialistischen Revolution!

Und nun überblicke man das Bild der Verwüstung! Das arbeitende Volk ist jeder Anteilnahme an der Politik, an der Gestaltung seines Schicksals beraubt. Aber auch jede Einwirkung auf die lokale Verwaltung ist ihm genommen. Es ist zum Hintersassen der Nation, zur Unfreiheit wie einst der hörige Bauer degradiert, aus dem Staat, aus dem Stand der Freien ausgestoßen. Jede kollektive Betätigung ist dem Arbeiter aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete genommen. Sein unmittelbares persönliches Schicksal, sein Lohn, seine Arbeitszeit werden ihm von oben her bestimmt, von den Treuhändern der Arbeit, die in Wirklichkeit Treuhänder der Unternehmer sind. Die organisierte Arbeiterschaft wird restlos desorganisiert in die amorphe, gestaltlose,

zusammenhanglose Masse der Zeit des Frühkapitalismus zurückverwandelt, während die Organisationen der Kapitalisten aller Art in ihrer Macht ins Absolutistische gesteigert werden.

Es ist der Versuch der völligen Entpolitisierung der Nation, der Unterdrückung jeder eigenen Schicksalsgestaltung, der Verwandlung des deutschen Staatsbürgers in ein Menschenmaterial, das durch Zwangserziehung von Jugend an zum willenlosen Werkzeug des den Staat beherrschenden Gewalthaufens werden soll.

Während aber für die Arbeiter die Entpolitisierung und Vernichtung der Organisationsfreiheit schlechthin das Ende bedeutet — denn ohne kollektive, politische und wirtschaftliche Betätigung verwandelt er sich eben in den Sklaven des kapitalistischen Staates — steht die Sache anders für den Unternehmer. Nicht nur die Herrschaft im Betriebe, sondern auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik werden ihm als seine alleinige Domäne überlassen. Dagegen bleibt der Staat als politische Zwangsorganisa-

tion den Nationalsozialisten als fette Beute ausgeliefert gegen die Verpflichtung, die kapitalistische Herrschaft zu beschützen und zu befestigen.

Die Entpolitisierung ist eine um so größere Gefahr, da sie vollendet werden soll durch den Kinderraub, den die nationalsozialistische Zwangserziehung verübt. Die Kinder sollen zu Nationalsozialisten, das heißt, zu willenlosen Werkzeugen herangezogen werden, zu Untertanen, die der Obrigkeit gehorchen und nur das eine Ideal kennen, das „Leben für das Vaterland“ zu opfern, das heißt, über andere Völker herzufallen, sobald das Ausdehnungsbestreben des kapitalistischen Staates es erheischt. Die geistige Entmachtung der künftigen Generationen soll die politische Niederwerfung der lebenden Arbeitergeneration verewigen. Es ist ein wahrhaft teuflisches Beginnen, das Hitler unter den Segenssprüchen der Kirchen unternommen hat. Aber weil sein Gelingen die Vernichtung des Lebens bedeutete, muß auch, um Hitler und sein Werk zu vernichten, das Leben eingesetzt werden!

an den Selbstmordversuch Tanoffs glauben. Man wird vielmehr dem „Manchester Guardian“ beistimmen, der mit der Wahrscheinlichkeit rechnet, daß Tanoff im Kerker ermordet worden ist. Schon vor einigen Wochen hatte der „Daily Herald“ die Mitteilung gebracht, daß die Absicht bestehe, den unbequemen Prozeß durch Ermordung sämtlicher Angeklagter überflüssig zu machen.

Das englische liberale Blatt übt auch mit vollem Recht scharfe Kritik an der Untätigkeit der bulgarischen Regierung. Es erinnert daran, daß die polnische Regierung in mehr als hundert Fällen für ihre in Deutschland körperlich mißhandelten Staatsbürger eingetreten ist, ohne nach deren Rasse- oder Parteilichkeit zu fragen. In Bulgarien selbst erweckt das Verhalten der Regierung starken Unwillen, die greise Mutter Dimitroffs ist Gegenstand allgemeiner Sympathie.

Aber Lahusen wird begnadigt

Görings Gnade schützt Verbrecher.

Vor einigen Wochen versuchte Göring, das Verfahren gegen die Schwerverbrecher Lahusen einstellen zu lassen. Das wurde durch die Empörung der öffentlichen Meinung unterbunden. Eine bestellte Brandstiftung an den Lahusen-Akten scheiterte an der Wachsamkeit der Feuerwehr. Nun will Göring auf anderem Wege erreichen, daß Lahusen und ähnliche Verbrecher straffrei bleiben. In einem Schreiben an den preußischen Justizminister weist er darauf hin, daß vielfach in Kreisen der Wirtschaft Handlungen begangen worden sind, die gegen die Strafgesetze verstoßen. „Eine unnachsichtige Verfolgung derartiger Straftaten würde vielfach jene treffen, die vom Geist der nationalen Revolution erfaßt, jetzt bereit sind, am Aufbau der Wirtschaft mitzuarbeiten.“ In derartigen Fällen soll von der Verfolgung abgesehen werden.

Verbrecher bleiben also straffrei, wenn sie braune Gesinnung heucheln. Da wird man sicher bald lesen, daß das Verfahren gegen die Lahusen eingestellt worden ist. Nicht lesen wird man, welchen Betrag dafür diese Halunken in die Kassen gezahlt haben, über die Göring und Konsorten verfügen.

Eröffnung des Gewerkschaftskongresses

Die Eröffnung des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Antwerpen zu Anfang dieser Woche bot eines jener glänzenden Bilder eines freien Volkslebens, wie wir sie 14 Jahre lang auch in Deutschland zu erleben gewohnt waren. 60.000 Menschen, Belgier, Holländer und Franzosen, demonstrierten mit roten Fahnen unter den Klängen der Internationale. Schon die Eröffnungssitzung zeigte, daß der Gedanke an das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse auf dem Kongreß breite Schatten warf, daß aber dieser Gedanke nicht entmutigend wirkte, sondern die Kampfkraft nur erhöhte und verstärkte.

Der Präsident der Gewerkschaftsinternationale, Citrine, erinnerte in seiner Begrüßungsrede an den internationalen Gewerkschaftskongreß von Stockholm im Jahre 1930 und an die furchtbare Entwicklung, die die Weltkrise seitdem genommen hat. Leider hätten die Völker die Lehre nicht verstanden.

Dann kam der Vorsitzende der Gewerkschafts-Internationale auf Deutschland zu sprechen und sagte: „Seit dem Kongreß von Stockholm hat

der Faschismus in Deutschland triumphiert. Die Freiheit ist jenseits des Rheins unterdrückt, die Gewerkschaften sind zerschlagen, ihre Führer sind im Gefängnis oder in Konzentrationslagern. Die Karikaturen von Gewerkschaften, die von den Hakenkreuzlern geleitet werden, werden niemals unsere Anerkennung finden. Wir müssen energischer als je zuvor kämpfen für die politische und soziale Demokratie. Wir müssen dem Opfern des Faschismus helfen und fordern auf, den Matteottifonds aufzufüllen.“

Nach Citrine sprach der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Vanderveelde. Wir sind, sagte er, einig, wie die Finger ein und derselben Hand im gemeinsamen Kampf mit der Gewerkschaftsinternationale. Trotz des harten Schlags, den der deutsche Faschismus uns zugefügt hat, behalten wir unser Vertrauen, die unerschütterliche Überzeugung von der Sicherheit unseres endgültigen Sieges.

Alle Freiheiten sind durch die Anstrengungen des Proletariats gewonnen worden. Man kann proletarische Parteien zerstören, nicht das Proletariat, dessen revolutionäre Philosophie der Sozialismus ist und bleibt. In der Gewißheit des Endsieges kämpfen wir für Demokratie, Frieden und Sozialismus.

Was macht die Arbeitsfront!

Lahmgelegte Gewerkschaften

Wenn man die gleichgeschaltete sogenannte Gewerkschaftspresse heute durchblättert, so wiederholt sich überall dieselbe Beobachtung. Die Tätigkeit der Kommissare erschöpft sich in der radikalen Auswechslung des Personals der Konstruktion von Korruptionsfällen und der Selbstbeweihräucherung. Im übrigen hat die Gewerkschaftsarbeit aufgehört. Es gibt weder Lohn- noch sonstige soziale Bewegungen. So liegt vor uns die letzte Ausgabe des Wochenblatts der Nahrungsmittelarbeiter. Die erste Seite ist ausgefüllt und geschmückt mit Portrait und Lebenslauf des in weiten Kreisen unbekannteren Verbandsleiters. Frontkämpfer, Redner, Schriftsteller ist er gewesen. Von der Gewerkschaft weiß er nichts zu erzählen aber er ist Verfasser eines Schauspiels „Das Schicksal eines deutschen Helden“. Dann rühmt sich dieser Pg. Wolkersdörfer der Erfolge seiner Sünberungsarbeit. Ein zweiter langatmiger Artikel macht aus den Beiträgen zu den Wahlen eine Riesenkorruption, stellt es so dar, als hätte der SPD-Hauptling Weis die Summe persönlich empfangen, „der nun herrlich und in Freuden in Prag leben kann, obwohl er in Berlins schönster Umgebung am Scharmützelsee in Grünau und in Friedrichshagen drei schmucke Villengrundstücke — zum Ausschauen besitzt und sich mit Möbeln aus dem kaiserlichen Schloß „standesgemäß“ ausstattete.“ So viel Worte, soviel Lügen. Dann folgt ein entstellter Bericht über die Gehälter bei der Arbeiterbank. Ein Aufruf „Kauft deutsche Waren“, eine Anweisung an die Betriebszellen wünsch nur die Treuhänder der Arbeit Tarifverträge abschließen dürfen. Dann noch einige unbedeutende Notizen aus der Rechtsprechung und das Gewerkschaftsblatt ist fertig.

Diese Gewerkschaftspresse ist das Spiegelbild der heutigen Gewerkschaften überhaupt. Nazidrang zur Futtergrippe, Verleumdung der bisherigen Gewerkschaftsfunktionäre, nationalistischer Klimbim und sonst nichts.

Die Herrschaften täuschen sich aber, wenn sie annehmen, daß die Gewerkschaftsmitglieder zufrieden sind. Von einer Gleichschaltung der Massen in der Gesinnung kann keine Rede sein.

Deutscher Arbeiterverband des Bergbaues

so heißt die Scheingewerkschaft, die angeblich die Fortsetzung des einst so stolzen freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes sein soll. Das neue Organ berichtet über den Organisationsaufbau. Unter Aufhebung aller demokratischen Einrichtungen der Organisation und jeder Mitentscheidung der Mitglieder ist jetzt von einer Generalversammlung oder einer Bezirkskonferenz keine Rede mehr. Die vier Einheiten der neuen Organisationsform sind:

- Verbandsleitung,
- Verbandsbezirke (Gebiet des Landesarbeitsamtes),
- Verbandskreise (Gebiet des Arbeitsamtes),
- Ortsgruppen.

In allen Stufen der Organisationsgliederung regieren Verbandsleiter, Bezirksleiter, Kreisleiter zusammen mit Finanzwart, Geschäftswart, Organisationswart und anderen Bonzen, die sich Fachwart nennen. Je sechs bis sieben Nazi-Bonzen ersetzen die frühere Mitbestimmung der Mitgliedschaften.

So richtig es im Dritten Reich ist, die Gewerkschaften nur noch von Gewerkschaftsangestellten führen zu lassen, so verlangt

Herr Muchow, daß auch der jetzt hauptamtliche tätige Funktionär des alten Bergarbeiterverbandes verschwindet und einem Nazi Platz macht.

Muchow, der Leiter des Organisationsamtes, bestimmt durch Anordnung vom 26. Juni 1933, daß einige tausend Marxisten lebenslang geächtet und keine Arbeit mehr bekommen sollen.

So sind „ohne Weichherzigkeit“ sämtliche Angestellte des alten Bergarbeiterverbandes entgegen jedem gesetzlichen Recht fristlos ohne Gehaltszahlung der Kündigungsfrist entlassen worden. Die bisherigen Verbandsangestellten sollen mit ihren Familien hungern, damit sich auch in diesem Verband einige Nazis mästen können. Abgesehen von dieser Tat weiß der „Deutsche Bergknappe“ über die Tätigkeit der „Bergarbeitergewerkschaft“ nichts positives zu berichten. Der Ersatz für die Geächteten ist also bisher noch nicht gefunden.

Zurückstellung des ständischen Ausbaues

Der neue ständische Aufbau sollte bekanntlich so konsequent durchgeführt werden, daß sogar die Betriebsräte echt „volksgemeinschaftlich paritätisch“ ausgestaltet werden. Nach dem kommenden Arbeitsrecht sollen in Zukunft die Betriebsräte aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern bestehen. Offiziös wird erklärt, nach der nationalsozialistischen Auffassung von der Wirtschaft werde es nicht mehr möglich sein, in den Betriebsräten eine dem Arbeitgeber strikte gegenüberstehende Einrichtung zu sehen.

In der Praxis scheint indes bisher die „Abschaffung des Klassenkampfes“ nicht gelingen zu wollen. Die Eingliederung der Unternehmer in den Ständestaat scheint auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten zu stoßen und gegenüber dieser Seite soll kein Zwang ausgeübt werden.

Am 15. Juli ist in „Der Deutsche“ eine von der ganzen übrigen deutschen Presse auf Kommando nicht wiedergegebene Mitteilung erschienen, die besagt:

„Die Erörterungen über die ständische Gliederung der deutschen Wirtschaft führen dazu, daß einzelne Verbände und Persönlichkeiten Maßnahmen ergriffen haben, die eine organische Gliederung der Stände zu gefährden geeignet sind. Es hat sich herausgestellt, daß es in dieser Beziehung noch an der richtigen Auffassung fehlt. Falsche Maßnahmen einerseits und Beanspruchung maßgebender Persönlichkeiten mit diesen Fragen auf Kosten des dringenderen Einsatzes aller Kräfte für die Arbeitsbeschaffung haben nun den Führer veranlaßt, die Angelegenheit einstweilen zurückzustellen.“

Soweit es sich um die Arbeiter- und Angestelltenverbände handelt, ist der Raub ihrer Betriebsverbände bereits 100prozentig durchgeführt. Die Vertagung der ständischen Organisation kann also heute nur den Arbeitgebern zugutekommen. Im übrigen dürfte die Ernennung des Herrn Thyssen zum Wirtschaftsdictator jeden Zweifel beheben, daß die „zurückgestellte Ständeorganisation“ ein Instrument der Monopolkapitalisten sein wird.

Haben Sie Schwierigkeiten,

den „Neuen Vorwärts“ regelmäßig und pünktlich zu bekommen, dann bestellen Sie ihn bitte bei Ihrer Postanstalt. Insbesondere für

ausländische Abonnenten,

die nicht durch Kolporteurs beliefert werden können, empfehlen wir den Postbezug; Sie zahlen dabei in der Währung ihres Landes und der Briefträger bringt Ihnen jede Woche den „Neuen Vorwärts“ ins Haus.

Verteidiger von Amtswegen

Der Justizmord nach dem Reichstagsbrand. — Tanoffs Selbstmordversuch.

Der Präsident des IV. Strafsenats des Reichsgerichts hat den Angeklagten im Prozeß um den Reichstagsbrand die Rechtsanwälte Seuffert, Huber und Teichert, sämtlich in Leipzig, als Verteidiger von Amtswegen beigeordnet. Der Präsident des IV. Strafsenats ist Jurist genug, um zu wissen, daß diese Belordern von Verteidigern auf einen ungeheuerlichen Rechtsbruch beruht, da man es den Angeklagten unmöglich gemacht hat, auch nur einen einzigen Anwalt nach eigener Wahl, sei es aus dem Inland, sei es aus dem Ausland, heranzuziehen. Die Verweigerung der Zuziehung ausländischer Rechtsanwälte ist ein glatter Verstoß gegen den § 138 der Strafprozeßordnung. Besonders ungeheuerlich ist sie gegenüber den angeklagten Bulgaren, die einen landsmännlichen Rechtsanwalt Dr. Detscheff bevollmächtigt hatten, ohne jedoch seine Zulassung erreichen zu können. Selber abgewiesen, hat Dr. Detscheff sich ebenso vergeblich wie Frau Torgler darum bemüht, deutsche Verteidiger zu gewinnen. Keiner hatte den Mut, die

Verteidigung zu übernehmen. Man kann nach alledem nicht erwarten, daß die drei vom IV. Strafsenat gestellten Verteidiger die Helden unter den Rechtsanwälten sein werden, die sonst nirgends zu finden waren. Man wird im Gegenteil erwarten müssen, daß ihr Verhalten eine Parodie auf jede Verteidigung sein wird, so wie dieser ganze monatelang vorbereitete Justizmord eine Verhöhnung jeder echten Rechtspflege darstellt.

Inzwischen hat sich um einen der ungerecht Beschuldigten ein dunkles Rätsel gesponnen. Am 19. Juli unterzeichnete Popoff, am 20. Dimitroff die von von Dr. Detscheff übersandte Vollmacht. Den dritten angeklagten Bulgaren Tanoff war gleichfalls ein Vollmachtsformular zugegangen; es kam aber nicht zurück, sondern an seiner Stelle die Mitteilung eines Beamten beim Untersuchungsrichter Dr. Vogt, daß Tanoff einen Selbstmordversuch unternommen habe.

Außerhalb des gewaltsam in Blindheit gehaltenen Deutschland wird kein Mensch

Mut zur Utopie

Von B. Brandy

Ein Beitrag zur Parteidiskussion

Ueber die Schuld der SPD. am Anwachsen des deutschen Faschismus läßt sich mannigfach streiten. Aber es führt nicht weiter, sich bei Koalitionspolitik, Panzerkreuzer oder Tolerierung aufzuhalten. Man muß dann schon bis zu den „verpaßten Gelegenheiten“ von 1918—19 zurückgehen und die Frage aufwerfen, warum große Gelegenheiten zur sozialistischen Machtsicherung verpaßt wurden. Die einen schieben es auf die Führer, andere auf den sozialistischen Bruderkampf, aber sowohl das „Versagen“ von Führern wie der Bruderkrieg sind doch nur Ergebnisse tiefer liegender Ursachen.

Man soll vom Gegner lernen, soweit das irgend möglich ist, und wenn wir von den Nazis eins profitieren können, dann etwas von der Art, wie sie sich auf die Uebernahme der Macht vorbereiteten. Sie wollen wirtschaftlich nichts Neues und können nichts wirklich Neues, Besseres schaffen, sie wollten nur die Macht, um Demokratie und Freiheit abzuwürfen. Die Technik jedoch, die sie dabei anwendeten, beweist gut vorbereitete Planmäßigkeit und ist nicht ohne konstruktive Phantasie, wenn auch in reaktionärster, bösaftigster Richtung.

Solche Technik der Machtentfaltung, solche Planmäßigkeit der Machtbefestigung zu revolutionären Zwecken hat dem deutschen Sozialismus 1918 gefehlt. Wollte man Führer dafür verantwortlich machen, so wäre vor allem zu fragen, warum der Führung gerade diese Talente abgingen. Mit Vorwürfen, wie „Verbürgerlichung“ oder „Mangel an Energie“ wird da wenig erklärt. Kein Führertum ist so verbürgerlicht und verbönzt wie das nationalsozialistische. Haben sie deshalb Mangel an Energie bewiesen? Wenn heute von Jüngeren aus unseren Reihen so oft der Vorwurf laut wird, die SPD. sei den kämpferischen Traditionen der Partei Bebels untreu geworden, so muß demgegenüber betont werden: gerade die Ideologie der Vorkriegssozialdemokratie und ihre Geschichtsauffassung machen erklärlich, warum nach der Novemberumwälzung Entscheidendes „verpaßt“ wurde. Gestatten wir uns einen kleinen Rückblick.

Wir wollen nicht die alte Frage aufwärmen, wie weit bei der Einigung der Eisenacher und der Lassalleer im Jahre 1868 die auf Willenswirkung und Staatsgestaltung ausgehenden Theorien Lassalles zu kurz gekommen sind. Es ist in diesem Zusammenhang auch überflüssig, zu erörtern, wie weit Marx' Lehren und Erkenntnisse von den Triebkräften der geschichtlichen Entwicklung dazu verleiten konnten, diese Entwicklung zu mechanisch aufzufassen, die Bedeutung des menschlichen Willens und seine Wirkung auf den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung zu unterschätzen, die klare Vorstellung von der Gestaltung der Welt, die man anstrebt und schaffen will, als müßig und ideologisch abzutun. Es genügt, die Tatsache festzustellen, daß es geschah. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes, in jenen Vorkriegsjahren, da die Sozialdemokratie des Erfurter Programms wieder Raum für theoretische Diskussionen hatte, galt in unseren Reihen die Frage nach den Möglichkeiten und Einzelheiten der Machtergreifung und nach den Gestaltungsplänen der sozialen Revolution, nach der Verfassungsverfassung des sozialistischen Zukunftsstaates als unmarxistisch, als utopisch, als ideologisch.

Wir haben in den neunziger Jahren einen Gegner gehabt, den die Sozialdemokratie mehr hätte schätzen sollen: den Freisinnigen Eugen Richter. In die Auseinandersetzungen zwischen Fortschrittler und Sozialdemokraten warf er die mehr als komisch anmutende Frage hinein: „Wer putzt im Zukunftsstaat die Stiefel?“ Und dachte damit die Schwierigkeiten zu glossieren, die nach seiner naiven Auffassung im sozialistischen Zukunftsstaat bei Einteilung und Verteilung der Arbeit entstehen müßten. Die Entwicklung hat inzwischen recht gründlich geantwortet: die Stiefelputzmaschine wurde erfunden. Es ist wohl die einzige sachliche Antwort, die Eugen Richter geliefert erhielt, denn die Sozialdemokratie überschüttete den komischen Frager mit eitel Spott und Hohn. Für uns im mittleren Alter, die wir nach 1900 in die Po-

litik eintraten, war er lediglich der unmögliche Kerl, der dieses verrückte Argument erfunden hatte. Und doch hätten wir das ernst nehmen sollen, denn wenn man von der komischen Uebertreibung der Glosse absieht, so war sie eine Aufforderung an die Sozialdemokratie, Näheres über Gestalt, Wesen und Wirtschaft unseres Zukunftsstaates auszusagen. Der grimmige Spott, den der freisinnige Führer erfuhr, war symptomatisch für die geistige Einstellung unserer Partei zu diesen Dingen: eine Abneigung gegen Diskussionen über das, was nach der sozialen Revolution folgen sollte, über Methode und Technik der Machtergreifung, Machtfestigung und Gestaltung der neuen Gesellschaftsordnung; eine Geringschätzung dessen vor allem, was man seit einem Jahrzehnt konstruktiven Sozialismus nennt. Wer die Neigung dazu zeigte, sich mit solchen Fragen einer um 1900 herum noch recht nebulösen sozialistischen Zukunft zu beschäftigen, galt als Utopist. Die innerhalb der Partei herrschende geistige, theoretische Richtung verschob die Klärung solcher Dinge auf später. Wie man sich Einzelheiten und Technik der Machtergreifung und Machtsicherung zu denken hätte, das würde sich aus den jeweiligen ökonomisch-historischen Tatsachen ergeben, die man nicht voraussehen könne. Der Wille zur bewußten, zielklaren Gestaltung kam bei dieser Richtung marxistischer Geschichtsauffassung erheblich kürzer weg, als richtig und gut war.

In der Atmosphäre solcher Ablehnung konstruktiver Planmäßigkeit wuchsen die jungen Generationen in der Partei der Bebel, Liebknecht, Auer heran, so reifte jene Führerschicht in Partei und Gewerkschaft, über die der Weltkrieg mit dem wilhelminischen Zusammenbruch hereinbrach. Wo sollten sie in den Novemberwirren 1918 plötzlich die große Konstruktion, die Technik für sozialistische Umgestaltung des Staates und der Wirtschaft her haben? Nicht etwa, daß der Zusammenbruch für die SPD. unerwartet gekommen wäre; nein, er war spätestens im Sommer 1918 voraussehbar. Aber man war in den Spitzen unserer Bewegung auf „so etwas“ politisch nicht eingestellt. Bewußt oder unbewußt verließ man sich auf die scheinmarxistische Phrase, daß über Mittel, Wege und Ziele einer etwaigen Umwälzung die jeweilige ökonomisch-historische Situation entscheiden werde. Die entschied auch, und zwar, da sich der Sozialismus auf sie geistig und politisch nicht genügend vorbereitet hatte, gegen sozialistische Gestaltung.

Das alles mag heute manchem etwas übertrieben klingen, aber tatsächlich fehlte dem deutschen Sozialismus im Novemberchaos 1918 eine klare, einheitliche Vorstellung von den Schritten und der politischen Technik, die zur sozialistischen Umgestaltung Deutschlands notwendig waren. Und darum fehlte bei verschie-

denen Führern auch der Wille. Wir waren nicht einmal darauf vorbereitet, unserer Regierungsgewalt eine eigene Exekutivmacht — die Voraussetzung jeder Entfaltung revolutionärer Macht und politischen Willens — rasch an die Seite zu stellen. Es fehlte jede geistige Vorarbeit, jede organisatorische Planung. Die Kriegsmüdigkeit unserer Genossen, Spartakuswirren und Zerspaltung des sozialistischen Lagers durch den Bolschewismus taten ein übriges — und so mißlang es uns, aus den sozialistischen Sicherheitswehren brauchbare, schlagkräftige Formationen zum Schutze der jungen Republik zu bilden. Deshalb kam die reaktionäre Reichswehr, deshalb die unglückliche Aera Noske und damit die unheilvolle Schwächung der Weimarer Demokratie.

Und dann? Der Mangel der Sozialdemokratie an konstruktivem Sinn wurde in der Republik leider nicht ausgeglichen. Die Ideologie der Partei Bebels hatte ein Geschlecht großgezogen, das wahrhaftig war, das logisch und solid dachte und sich gern an die erkennbaren Tatsachen hielt, die politische Phantasie jedoch war dabei zu kurz, war dabei sogar in Verfall gekommen. Man redete von Sozialisierung und Planwirtschaft, aber irgendwelche Pläne in dieser Richtung begegneten bei den meisten Prominenten ironisch-überlegener Ablehnung. „Utopisten!“ Ich entsinne mich noch, mit welchem Spott und Hohn führende Genossen den Sozialisierungsplan des Genossen Dr. Otto Neurath abtaten. Naiv war der Versuch einiger Genossen, diesen Plan in deutschen Einzelländern zu praktizieren; er bedurfte wahrlich eines größeren Rahmens. Doch es blieb leider der einzige Versuch, die Sozialisierung mit allen Nebenfragen in ihren Einzelheiten zu durchdenken und zu regeln, und dieser großzügige Versuch hätte darum mehr Beachtung und sachlichere Würdigung verdient, als ihm widerfuhr. „Phantasterei“ wurden solche Versuche von Führenden gern genannt, in Wirklichkeit war es viel unpolitischer und viel phantastischer, die Sozialisierung zu fordern, ohne sie in allen Zügen zu durchdenken und die Durchführbarkeit in klaren Plänen niederzulegen.

Dieser vom Vorkriegssozialismus ererbte Mangel an konstruktivem Planen und Wollen machte die Hauptschwäche der SPD. aus und trug mit Schuld daran, daß wir über Gegenwartssorgen und soziale Reformpolitik nicht hinauskamen. Das Manko wird dadurch nicht tröstlicher, daß der Sozialismus in allen Ländern, daß die gesamte II. Internationale diesen selben Mangel aufwies. Die sozialistischen Parteien aller Länder fordern europäische Wirtschaftseinheit, europäische Planwirtschaft, internationale Wirtschaftsplanung. Aber hat man sich auch schon genügend klare Vorstellungen davon gemacht, wie das

alles in Wirklichkeit aussehen und wie es funktionieren soll?

Dabei sind wir alle die Kinder des Zeitalters der Technik, der Epoche großer technischer Konstruktionen und Konstrukteure. Auf politisch-sozialem Gebiete aber — Welch ein gänzlich unmarxistischer Widerspruch — fehlen diese Konstrukteure nahezu völlig. Mag sich das bürgerliche Lager damit beruhigen, daß es bei ihm nicht mehr viel zu planen gibt, der Sozialismus jedoch, der eine alte Welt neu formen will, kommt ohne die Fähigkeiten und Methoden des Ingenieurs und Baumeisters nicht aus!

Ohne Mut und Willen zur Utopie gibt es kein klares Bild unseres Zukunftszieles und seiner politisch-technischen Voraussetzungen, und ohne dieses Bild gibt es keine Zielklarheit und keinen wirklichen Willen zur Macht.

ER liest keine Bücher

„Führertum hat mit Wissen nichts zu tun!“ (Nazl-Reichslandbundespräsident Meißner auf einer Bauerntagung.)

In einem Prager Blatt wird wiedergegeben, was eine Frau Lily Doblhoff von Naziführern und ihren Lebensgefährtinnen erfuhr. Göring liebe den Luxus, Hitler dagegen lebe einfacher. Und nun kommt eine herrliche Offenbarung:

Bücher liest Hitler nicht. Ihn interessieren nur die tatsächlichen Probleme des Lebens, mit den in tote Buchstaben gebannten, nur vorgestellten oder erfundenen Geschehnissen wolle er sich nicht befassen. Seine Lektüre besteht aus illustrierten Zeitungen.

Eins hat Frau Doblhoff vergessen: in Hitlers Villa stehen sämtliche Bände Karl Mays, dessen glühender Verehrer er ist. Er liest zwar keine Bücher, aber dafür verschlingt er Schundliteratur. Die Großen im Reiche des Geistes haben für ihn umsonst gelebt. Er läßt sie verbrennen. Jetzt weiß man auch, warum er Karl Marx beschimpft: seine Werke sind nicht illustriert, ins Feuer damit. Ewig bleibt für ihn Scheris Woche. Aber das schlimmste für das Volk der Dichter und Denker ist ja nicht, daß sein gegenwärtiger Kanzler keine Bücher liest, sondern daß er welche schreibt — und zwar in anerkannt miserablen Deutsch — und daß er andere zwingen läßt, diesen Mist zu kaufen.

Von der gleichen Gewährsfrau erfährt man, wie vernichtend der gleichgeschaltete Hanns Heinz Ewers über die Dichtung im Dritten Reiche denkt. Er plaudert gutgelaunt:

„Reinhardt hatte nicht weg müssen. Er könnte Regie führen, so viel er will. Ob er große Freude an den schlechten Stücken gehabt hätte, das ist eine andere Frage. Haben Sie den „Schlageter“ gesehen? Ein schlechtes Stück, ein sehr schlechtes Stück. Ueber sein eigenes letztes Werk „Horst Wessel“ äußerte sich Ewers: „Ich empfinde dieses Buch als Wendepunkt meines Lebens. Mit diesem Werke habe ich mich zum Heroismus in der Literatur bekannt, in schroffem Gegensatz zu den Auswüchsen der Phantasie, die uns alle beherrscht haben.“

Uns alle? Wir wissen nur, daß die schwüle, schlüpfrige, zotige Literatur von einigen wenigen gepflegt und gemolken wurde, zu ihnen gehört Hanns Heinz Ewers. Jetzt ist er zahllos geworden, jetzt ist er Hitlerbarde, jetzt kann er nicht und darf er nicht mehr, jetzt macht er aus der Not eine Tugend und wird „heroisch“. Junge Huren, alte Betschwestern. Aber ganz kommt er von ehedem nicht los, er sucht sich einen Stoff aus dem Zuhälter- und Dirnenmilieu, in dem sich Horst Wessel bewegte.

Das wird Hitler lesen!

Interessantes Preisausschreiben

Die einzige sozialdemokratische Tageszeitung Deutschlands, die im Saargebiet erscheinende „Deutsche Freiheit“, hat einen Preis von 100.000 französischen Franken für denjenigen ausgesetzt, der die geheimnisvollen Flieger, die am 22. Juni Berlin überflogen haben sollen, so namhaft macht, daß sie zur Verantwortung gezogen werden können. Die „Deutsche Freiheit“ wird ganz bestimmt nicht in die Lage kommen, den ausgelobten Preis zahlen zu müssen. Die geheimnisvollen Flieger haben genau so wie die sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront zwecks Inbrandsetzung des deutschen Reichstagsgebäudes nur im Morphiumrausch Hermann Görings existiert. Warum hat denn nicht die deutsche Regierung, wie es jetzt die „Deutsche Freiheit“ tut, einen Preis zur Aufklärung des Fliegergeheimnisses ausgeschrieben? Eben, weil sie weiß, daß das Ganze nur ein von ihr selber inszenierter Schwindel ist!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Ich bestelle den „Neuen Vorwärts“ und erwarte regelmäßige Lieferung von nächster Nummer an.

Name und Vorname _____

Wohnort und Postanstalt _____

Straße und Hausnummer _____

Diesen Bestellschein bitte ausfüllen, ausschneiden und an:
Verwaltung „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, ČSR., Haus „Graphia“ senden.

